

Generalleutnant a. D. Dipl.-Ök. Ulrich Gall

Mitarbeit: Generalleutnant a. D. Dipl.-Ing. Wolfgang Neidhardt

Erinnerungen an den Dienstbereich Technik und Bewaffung des Ministeriums für Nationale Verteidigung. Entwicklung, Aufgaben, Struktur, Arbeitsweise und Probleme

Vorbemerkungen

Seit dem Ende der DDR und der damit verbundenen friedlichen Kapitulation der NVA, einem in der deutschen Militärgeschichte einmaligen Vorgang, sind fast 12 Jahre vergangen. Diese Zeitspanne bringt vermutlich die Gefahr mit sich, bei einem Rückblick einige Ereignisse und Entwicklungen während des von beiden Seiten intensiv geführten Kalten Krieges anders zu betrachten und zu bewerten, als sie sich seinerzeit aus der konkreten Situation und den realen Bedingungen ergaben. Unter den heutigen Verhältnissen soll Kritik an der Militärpolitik der DDR immer als richtig akzeptiert werden und sei diese Kritik auch noch so falsch oder unbegründet. Andere begründete Auffassungen werden zumindest als Nostalgie beschimpft oder verurteilt, und es wird erwartet oder gefordert, sich für alles Mögliche und Unmögliche zu entschuldigen, auch wenn es weder objektiv noch subjektiv dazu einen Anlaß oder Grund geben würde. Unter diesen Bedingungen ist es nicht einfach, über den Dienstbereich Technik und Bewaffung zu berichten. Seine Tätigkeit war von großer Bedeutung nicht nur für die Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft der NVA, sondern besonders für Teile der Volkswirtschaft der DDR und für die Arbeit und somit das Leben Zehntausender Werktätiger in der Industrie, in wissenschaftlich-technischen Einrichtungen und im Handel. (1)

Ich habe 28 Jahre im Dienstbereich Technik und Bewaffung gearbeitet, nachdem ich 11 Jahre auf dem Gebiet der Ausbildung an den Offiziersschulen der NVA eingesetzt war. Ich war gerne in diesem Dienstbereich mit seinen äußerst interessanten, vielfältigen und anspruchsvollen Aufgaben und seinen hochqualifizierten, engagierten und verantwortungsbewußten Angehörigen, die auf der Grundlage der geltenden Rechtsvorschriften so arbeiteten, wie es weltweit normal und üblich ist. Auch 12 Jahre nach dem Ende des Dienstbereiches sehe ich keinen Anlaß, daß sich einer von ihnen für seine Tätigkeit im Dienstbereich entschuldigen müßte.

1. Zur Entwicklung der materiell-technischen Versorgung und des Dienstbereiches Technik und Bewaffung des Ministeriums für Nationale Verteidigung

Schon 1877 äußerte Friedrich Engels die Auffassung, daß nichts von den ökonomischen Vorbedingungen so abhängt wie Armee und Flotte und daß sich die ganze Organisation und Kampfweise der Armeen und damit Sieg und Niederlage als abhängig von den materiellen, d. h. ökonomischen Bedingungen erweisen. Ausgehend davon wurde in den Streitkräften der DDR, beginnend bereits in der KVP, aber dann mit aller Konsequenz in der NVA, der Ausstattung mit moderner Kampftechnik, Bewaffung und Ausrüstung und der Gewährleistung ihrer ständigen Einsatzbereitschaft stets große Aufmerksamkeit gewidmet.

Das fand seinen Ausdruck im Bestehen eines besonderen Dienstbereiches im MfNV, des Dienstbereiches des Stellvertreters des Ministers für Technik und Bewaffung, der auf der Grundlage der Weisungen des Ministers und der bestätigten Pläne die Verantwortung für die materiell-technische Sicherstellung der Gefechtsbereitschaft und Kampfkraft der NVA trug

Diese Hauptaufgabe setzte sich aus einer Reihe einzelner Aufgaben zusammen, die im Laufe der Zeit mehrmals geändert, erweitert und präzisiert wurden. Zu diesen Aufgaben

gehörten die Ausarbeitung der materiellen Pläne, die Realisierung der geplanten Lieferungen und Leistungen aus der Volkswirtschaft der DDR und des handelsüblichen Imports, die militärtechnische Forschung und Entwicklung, die Standardisierung und Unifizierung, das Prüf- und Meßwesen, die Materialkatalogisierung, die Neuererarbeit in der NVA und die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit im Rahmen des Warschauer Vertrages.

Änderungen in der Aufgabenstellung des Stellvertreters Ministers und Chef Technik und Bewaffnung (SMCTB), wie die Dienststellungsbezeichnung seit der Mitte der 70er Jahre lautete, waren infolge der Entwicklung der Volkswirtschaft, der Änderungen der Verantwortung, Aufgaben und Organisation der staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, infolge der Veränderungen in den Streitkräften des Warschauer Vertrages, besonders der Sowjetarmee, und nicht zuletzt infolge der Entwicklungen im MfNV und in der NVA notwendig. Die Praxis hat gezeigt, daß diese Änderungen zweckmäßig waren, wenn auch einige diesbezügliche Entscheidungen hätten schneller oder anders getroffen werden müssen, als es der Fall gewesen ist.

Entsprechend wurde auch die Struktur des Dienstbereiches gestaltet und verändert. Rückblickend kann wohl mit Recht festgestellt werden, daß Aufgabenstellung und Struktur des Dienstbereiches in den 80er Jahren optimal waren und auch auf Grund der hohen Qualifikation und des ausgeprägten Engagements der Angehörigen des Dienstbereiches zu entsprechenden Ergebnissen geführt haben.

Im Folgenden einige Gedanken zur Entwicklung des Dienstbereiches und zur Entwicklung und Lage der Volkswirtschaft der DDR.

Mit der Aufstellung kasernierter Polizeieinheiten in der sowjetischen Besatzungszone, den Polizeibereitschaften, im Sommer 1948 war auch die Zuführung entsprechender Bewaffnung verbunden: Karabiner 98 K, Sturmgewehr 44 und sMG 08 der ehemaligen deutschen Wehrmacht. 1949 wurde mit der Zuführung schwerer Waffen begonnen, anfänglich aus in Lagern der Sowjetarmee befindlichen früheren Wehrmachtbeständen, dann aus Beständen der Sowjetarmee. Am 1.7.1952 wurde die Kasernierte Volkspolizei gebildet, die, wie reguläre Streitkräfte organisiert und ausgerüstet, auch einen entsprechenden Bedarf an Kampftechnik, Bewaffnung, Ausrüstung und Versorgungsgütern (KBAV) hatte, der schlagartig neue und hohe Anforderungen an die Volkswirtschaft der DDR stellte.

Es wurde daher mit dem Aufbau einer Verteidigungsindustrie begonnen, die jedoch auf keinen Fall als solche bezeichnet werden durfte, denn im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 war für Deutschland die Produktion von Waffen, Kriegsausrüstungen und Kriegsmitteln ausdrücklich verboten (Abschnitt III, Z. 11. Man erfand daher die Bezeichnungen „Spezielle Produktion“ und „Spezielle Betriebe“, die sich bis 1990 auch in Rechtsvorschriften gehalten haben. Eine Reihe von Betrieben und wissenschaftlichen Einrichtungen wurde neu gebaut, erweitert oder umprofiliert. Sie umfaßten fast das gesamte Spektrum der Produktion für die kasernierten Einheiten der Volkspolizei, die Vorläufer der NVA, mit Ausnahme der aus der Sowjetunion gelieferten Kampftechnik, Bewaffnung und Munition, und unterstanden zum beträchtlichen Teil dem Minister des Innern, konkret dem 1951 gegründeten Büro für Wirtschaftsfragen. Ein nicht geringer Teil dieser Betriebe hat bis 1990 für die Streitkräfte der DDR gearbeitet und Wirtschaftsverträge mit den zentralen Realisierungsorganen des Bereiches Beschaffung und Instandsetzung abgeschlossen und realisiert.

Typisch für die damalige Entwicklung ist der Aufbau des Reparaturwerkes Neubrandenburg. Im September 1952 wurde vom Minister des Innern W. Stoph entschieden, auf dem Gelände der ehemaligen Torpedoversuchsanstalt der Kriegsmarine ein Panzerinstandsetzungswerk aufzubauen, das ab 1.4.1953 (!) stufenweise die Produktion aufnehmen sollte. Die volle Kapazität mit 30 Generalreparaturen war im März 1954 zu

erreichen. Im August 1954 konnte das 100. instand gesetzte gepanzerte Fahrzeug ausgeliefert werden, eine beachtliche Leistung.

Eine ähnliche Entwicklung gab es auch auf anderen Gebieten. 1955 nahm der VEB Ernst-Thälmann-Werk Suhl die Produktion der Pistole Makarow nach sowjetischer Lizenz auf. Am 1.1.1956 wurde der VEB Mechanische Werkstätten Königswartha gegründet, der bereits im Oktober des gleichen Jahres die Fertigung von Munition für Schützenwaffen aufnahm, ab 1961 Munition für die Maschinenpistole Kalaschnikow und ab 1979 die reaktive Panzerbüchse RPG-18 produzierte. Da die Kapazitäten in Suhl nicht ausreichten, wurde am 21.2.1957 der VEB Geräte- und Werkzeugbau Wiesa unter Nutzung der ehemaligen Strumpffabrik „Brand und Schreiber“ gegründet, um dort die Produktion der Maschinenpistole AK 47 auf der Basis einer sowjetischen Lizenz aufzubauen und 1960 die Serienfertigung zu beginnen. Bereits im August 1958 wurden die ersten 10 Handmuster erprobt. 1960 erfolgte die Erprobung der 0-Serie mit anschließendem Übergang zur Serienproduktion, was unter Berücksichtigung der denkbar schlechten Ausgangsbedingungen und der 38 Kooperationsbetriebe, die zuliefern mußten, eine besondere Leistung war.

Ebenfalls in der zweiten Hälfte der 50er Jahre wurden z.B. der VEB Chemiewerk Kapen für die Produktion von Handgranaten und Minen eingerichtet, das Spreewerk Lübben für die Produktion von Infanteriemunition gegründet und Betriebe für die Instandsetzung von Kraftfahrzeugen und Motoren aufgebaut bzw. umprofiliert. Viele dieser Betriebe unterstanden dem am 1.9.1955 gegründeten Amt für Technik des späteren MfNV, bis am 1.5.1958 die neu gegründete Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVB) UNIMAK als wirtschaftsleitendes Organ 15 Betriebe übernahm. Die VVB UNIMAK arbeitete im wesentlichen nach den gleichen Prinzipien wie die VVB der zivilen Wirtschaft. Die wissenschaftlich-technischen Einrichtungen wurden der Abteilung Forschung und Entwicklung des MfNV zugeordnet. Beide Organe unterstanden dem Stellvertreter des Ministers für Technik und Bewaffnung unmittelbar. 57 % der Produktion der Betriebe der VVB UNIMAK wurden jedoch an zivile Abnehmer geliefert. Bei einigen Betrieben betrug dieser Anteil sogar über 90 %.

Mit der Bildung des MfNV am 1.3.1956 wurde eine entscheidende Veränderung in der Realisierung des materiell-technischen Bedarfs der NVA vorgenommen. Von der bis dahin praktizierten zentralisierten Realisierung des Bedarfs wurde abgegangen und die volle Verantwortung den Chefs der Teilstreitkräfte, Waffengattungen und Dienste (Bedarfs-träger) übertragen. Die Gründe für diese Entscheidung sind heute schwer nach-zuvollziehen, jedoch hat offensichtlich die Praxis der Sowjetarmee als Vorbild gedient, ohne dabei die gravierenden Unterschiede in der Größe der Länder und der Armeen sowie im Potential, der Organisation und Struktur der Volkswirtschaften zu berücksichtigen. Von wesentlicher Bedeutung dürfte auch der Drang der Bedarfsträger gewesen sein, ihre eigenen Befugnisse als Chef einer Teilstreitkraft, einer Waffengattung oder eines Dienstes auszudehnen, eine Tendenz, die den ganzen Zeitraum des Bestehens des MfNV und der NVA wie ein roter Faden durchzogen hat. Die bereits nach kurzer Zeit sichtbaren Probleme in der Effizienz dieser Regelung und in der Zusammenarbeit mit der Volkswirtschaft (so traten z. B. im VEB Fimag Finsterwalde bei der Produktion und Instandsetzung von Elektroaggregaten 20 Bedarfsträger auf, die sich gegenseitig in die Quere kamen und den Betrieb vor unrealistische Entscheidungen stellten) führten dazu, im Sommer 1957 die Verantwortung dafür wieder dem Stellvertreter des Ministers für Technik und Bewaffnung zu übertragen, zur zentralen Realisierung des Bedarfs an KBAV aus der Produktion der DDR überzugehen und zur Durchführung dieser Aufgabe die Verwaltung Planung und Materialversorgung zu bilden.

Die qualitativ und quantitativ wachsenden Anforderungen der NVA an die ökonomische Sicherstellung der Landesverteidigung und die Entwicklung der Volkswirtschaft zeigten bald, daß Aufgaben, Verantwortung und Organisation des Dienstbereiches Technik und

Bewaffung nicht mehr den neuen Entwicklungen entsprachen. Es wurde notwendig, das MfNV von wirtschaftsleitenden und ähnlichen Aufgaben zu entlasten und die Verantwortung für die ökonomische Sicherstellung dort einzuordnen, wo die Verantwortung für die Planung und Leitung der Volkswirtschaft lag. Gleich nach dem Ausscheiden des damaligen Verteidigungsministers, Armeegeneral W. Stoph, aus dem Ministerium im Sommer 1960 ergriff Generalmajor F. Dickel als Stellvertreter des Ministers für Technik und Bewaffung die Initiative und unterbreitete dem neuen Minister, Generaloberst H. Hoffmann, einen weitreichenden Vorschlag zur Veränderung der Aufgaben und der Struktur des Dienstbereiches. Der Minister war damit sofort einverstanden. So wurden 1961 die Betriebe der VVB UNIMAK und die wissenschaftlich-technischen Einrichtungen der Abteilung Forschung und Entwicklung den entsprechenden Wirtschaftsorganen bzw. der Akademie der Wissenschaften übergeben und die VVB UNIMAK mit Wirkung vom 31.12.1961 aufgelöst. Der Import von Kampftechnik, Bewaffung und Ausrüstung, als „Spezieller Import“ bezeichnet, ging mit dem dafür zuständigen Organ, der Ingenieur-technischen Verwaltung, zum Ministerium für Außenhandel.

Mit Wirkung vom 1.7.1961 wurde die materielle Planung ausgegliedert und dem Hauptstab zugeordnet. Die neue Bezeichnung des zentralen Realisierungsorgans lautete Verwaltung Beschaffung. Das Kommando der Volksmarine (bis 3.11.1960 Kommando der Seestreitkräfte) behielt sein eigenes Beschaffungsorgan.

Die Geschichte zeigt jedoch, daß die Zentralisierung der Beschaffung noch über zehn Jahre von den verschiedensten Stellen des MfNV mit der Absicht kritisiert und angegriffen wurde, den eigenen Einfluß bei der Planung und Realisierung zu verstärken und eine maximale Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu erreichen. Mitte der 60er Jahre waren die Anstrengungen der Gegner einer zentralisierten Beschaffung soweit gediehen, daß eine ihren Absichten entsprechende Entscheidung in greifbare Nähe gerückt war. Praktisch in letzter Minute gelang es dem Stellvertreter des Ministers für Technik und Bewaffung, General Fleißner, insbesondere unter Hinweis auf die dadurch entstehenden Schwierigkeiten in der Volkswirtschaft, eine Aufgabe der zentralen Realisierung zu verhindern. In den folgenden Jahren richteten sich weitere Versuche gegen die Zugehörigkeit der Militärabnehmer zur Verwaltung Beschaffung, gegen die zentrale Realisierung der industriellen Instandsetzung, gegen die Anmeldung des Bedarfs zur Bilanzierung in den Bilanzorganen der Volkswirtschaft durch die Verwaltung Beschaffung als zentralem Realisierungsorgan usw.

Ausgehend von den mit dem „Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ eingeleiteten Veränderungen wurden 1963 neue Überlegungen zur Weiterentwicklung der Organisation angestellt, die zur Ausarbeitung der Struktur und Arbeitsweise eines Beschaffungsamtes für die bewaffneten Organe der DDR führten, das den materiellen Bedarf des MfNV, des Mdl und des MfS realisieren sollte. Nachdem alle in Frage kommenden Staatsorgane bereits zugestimmt hatten (das MfS mit Einschränkungen hinsichtlich seiner speziellen Ausrüstungen), wurde Anfang 1964 vom Minister für Nationale Verteidigung entschieden, diese Arbeit nicht fortzusetzen, weil er die Verantwortung für Aufteilung defizitärer Positionen auf die drei Ministerien nicht übernehmen wollte, eine Haltung, in der ihn der kurz zuvor neu eingesetzte Stellvertreter für Ausrüstung (bzw. für Technik und Bewaffung) bekräftigte. Erst zwanzig Jahre später wurde dieser Gedanke als mögliche Variante ausschließlich für den Verteidigungszustand wieder ins Auge gefaßt.

Die Entwicklung der NVA und die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR zwangen dazu, weitere Elemente der Realisierung des materiell-technischen Bedarfs zu zentralisieren. Daher wurde am 1.7.1964 die Beschaffung für die Volksmarine übernommen und eine entsprechende Abteilung der Verwaltung Beschaffung in Rostock eingerichtet. Im gleichen Jahr wurde mit der Realisierung der industriellen Instandsetzung von Militärtechnik begonnen. Der Import handelsüblicher Erzeugnisse wurde 1964 vom

Ingenieur-technischen Außenhandel an die Verwaltung Beschaffung übergeben und dafür eine neue Abteilung geschaffen.

1963 wurde die Abteilung Forschung und Entwicklung in die Verwaltung Technik umgewandelt und dem Stellvertreter für Technik des Dienstbereiches unterstellt, der damit auch die Verantwortung für die Standardisierung und das Neuererwesen sowie für die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit den Armeen des Warschauer Vertrages übernahm.

Am 1.12.1965 wurden auch die Organe der Volksmarine, die für die Projektierung, den Bau und die Abnahme von Kriegsschiffen und anderer schwimmender Technik verantwortlich waren, übernommen und bildeten unter Einbeziehung der bereits in Rostock bestehenden Abteilung den Bereich Schiffbau der Verwaltung Beschaffung.

Im Jahre 1965 wurde die Herausgabe der Zeitschrift „Militärtechnik“, die seit 1961 in Verantwortung des Stellvertreters des Ministers für Technik und Bewaffnung erschienen war, dem Militärverlag übertragen und die Redaktion dem Militärverlag eingegliedert.

1971 wurde die Verwaltung materielle Planung, die seit 1961 zum Hauptstab gehörte, wieder dem SMCTB unterstellt.

Mit Wirkung vom 1.12.1972 wurde die Struktur nochmals grundlegend geändert. Aus der Verwaltung Beschaffung und Instandsetzung wurde der Bereich Beschaffung und Instandsetzung gebildet. Er bestand nun aus den Verwaltungen Beschaffung, Instandsetzung und Schiffbau sowie den Abteilungen Handelsüblicher Import, Finanzen und zwei Stabsabteilungen. Diese Struktur wurde im wesentlichen bis 1990 beibehalten. Zur Durchführung der Militärabnahme von Erzeugnissen, die auf der Grundlage sowjetischer Lizenzen ausschließlich für den speziellen Export, d.h. als Zulieferungen für die Verteidigungsindustrie der verbündeten Länder produziert wurden, wurden 1977, 1980 und 1985 insgesamt drei Abteilungen in Jena, Gera und Dresden geschaffen. Wegen des Auslaufens der Produktion wurden diese Abteilungen ab 1988 aufgelöst.

1983 wurden die drei technischen Dienste, die bis dahin zum Dienstbereich der Rückwärtigen Dienste gehörten, dem Dienstbereich Technik und Bewaffnung eingegliedert. Das war eine der bedeutendsten Entscheidungen, die für den Dienstbereich nach 1962 getroffen worden waren. Sie bedeutete eine erhebliche Erweiterung der unmittelbaren Verantwortung des Chefs Technik und Bewaffnung für die Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft der Landstreitkräfte.

Diese Entwicklung des Dienstbereiches seit 1962 kommt auch bei einer Gegenüberstellung der Strukturen 1962 und 1988 deutlich zum Ausdruck.

1962 bestand der Dienstbereich aus

- dem Stellvertreter des Ministers für Technik und Bewaffnung
- der Verwaltung Beschaffung
- der Abteilung Forschung und Entwicklung
- der Abteilung Standardisierung
- dem Büro für Neuererarbeit.
- der Redaktion der Zeitschrift „Militärtechnik“ (bis 1965)

1988 bestand der Dienstbereich aus:

- dem Stellvertreter des Ministers und Chef Technik und Bewaffnung
- dem Stellvertreter des Chefs Technik und Bewaffnung und Chef des Stabes
- dem Stellvertreter des Chefs Technik und Bewaffnung und Leiter des Politorgans
- dem Stellvertreter des Chefs Technik und Bewaffnung für wissenschaftlich-technische und ökonomische Zusammenarbeit mit
 - Abt. Prüf- und Messwesen
 - Abt. Standardisierung und Unifizierung

- Unterabt. Neuerer- und Patentwesen
- Unterabt. Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
- dem Stellvertreter des Chefs Technik und Bewaffnung für Beschaffung und Instandsetzung mit
 - Verwaltung Beschaffung
 - Verwaltung Instandsetzung
 - Verwaltung Schiffbau
 - Abt. Handelsüblicher Import
 - Abt. Finanzökonomie
 - 3 Abt. Spezielle Militärabnahme
 - Abt. Koordinierung/Plankontrolle/Datenverarbeitung
 - Außenstelle Leipzig
 - Militärtechnisches Institut
- Verwaltung Materielle Planung
 - Abt. Materialkatalogisierung
- Chef Kraftfahrzeugdienst
- Chef Panzerdienst
- Chef Raketen- und Waffentechnischer Dienst

Dieser gravierende Unterschied zwischen der Struktur des Dienstbereiches im Jahre 1962 und in der zweiten Hälfte der 80er Jahre ist das Ergebnis einer Reihe von Entwicklungen, von denen einige wesentliche bereits dargelegt wurden und die in folgenden Punkten zusammengefaßt werden können:

- die wachsende Bedeutung und Kompliziertheit der Technik und Bewaffnung in allen modernen Armeen, also auch der NVA;
- der zunehmende, notwendige Aufwand für die materielle und technische Sicherstellung der Kampftechnik, Bewaffnung und Ausrüstung, beginnend mit ihrer Einführung bis zu ständiger Gewährleistung ihrer Einsatzbereitschaft;
- der wachsende Umfang der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen den Armeen des Warschauer Vertrages und die Erhöhung ihrer Qualität;
- der wissenschaftlich-technische Fortschritt und die Notwendigkeit, seitens der DDR mit mehr eigenen militärtechnischen Entwicklungen zur Erhöhung der Kampfkraft der NVA, aber auch anderer sozialistischer Armeen beizutragen;
- die zunehmenden Probleme in der Volkswirtschaft der DDR bei der Durchsetzung der Lieferungen und Leistungen für die NVA.

Man darf dabei jedoch nicht übersehen, daß es hinsichtlich der Struktur auch andere Möglichkeiten gegeben hätte. Das betrifft zum Beispiel die Zuordnung der Verwaltung Materielle Planung. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß Planung eigentlich Aufgabe des Hauptstabes war, wäre auch ihre Zuordnung zum Hauptstab eine mögliche und logische Regelung gewesen. Aus der Sicht der Realisierungsorgane war die Zuordnung zum SMCTB zweckmäßig und erleichterte die Zusammenarbeit bei den immer schwieriger werdenden Problemen der Bilanzierung, Realisierung und Planänderungen des materiell-technischen Bedarfs. Diese Struktur gab es in den anderen Armeen des Warschauer Vertrages nicht. Das gilt auch für die Zuordnung der drei technischen Dienste zum Dienstbereich Technik und Bewaffnung. Damit bekam der Dienstbereich eine neue Orientierung. Neben der Arbeit mit der Volkswirtschaft und wissenschaftlich-technischen Einrichtungen wurde mit der Übertragung der Verantwortung für die technische Sicherstellung der Truppe eine neue, umfangreiche Aufgabe übernommen, eine Entscheidung, die nicht überall auf Zustimmung stieß.

2. Zu den Hauptaufgaben des Dienstbereiches und ihrer Realisierung

2.1 Die Planung des materiell-technischen Bedarfs

Die Planung des materiell-technischen Bedarfs war zweifellos eine der entscheidenden Aufgaben, war sie doch eine der wichtigsten Grundlagen für Deckung dieses Bedarfs durch die dafür zuständigen zentralen Realisierungsorgane. Die materielle Planung war eine komplizierte und langwierige Aufgabe. Sie erfolgte in Übereinstimmung mit der Ausarbeitung der Volkswirtschaftspläne sowohl für jedes Jahr als auch für die Fünfjahrzeiträume. Die Grundlagen dafür bildeten die Entscheidungen des Ministers über die Aufteilung der von der Partei- und Staatsführung den Streitkräften zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel und die Forderungen des Oberkommandos der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages an die Ausstattung der NVA mit Kampftechnik und Bewaffnung.

Im Dienstbereich war es die Aufgabe der Verwaltung Materielle Planung, den von den Bedarfsträgern übergebenen Bedarf mit den Vorgaben der Staatlichen Plankommission und den Möglichkeiten der einzelnen Wirtschaftszweige und Industriebereiche unter Wahrung einer bestimmten, im Verlaufe der Jahre durch Änderungen der Rechtsvorschriften reduzierten Vorrangigkeit der Anforderungen der Armee in Übereinstimmung zu bringen und diesen dann in Gestalt der verschiedenen Pläne und Planteile (Plan des speziellen Imports, des Material- und Ausrüstungsplans, des Plans der Industriellen Instandsetzung, des Plans Wissenschaftlich-technische Leistungen u. a.) für die Übergabe durch den Minister an den Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission auszuarbeiten.

Dabei gab es mehrere Kategorien von Planpositionen. So umfaßte die Staatsplannomenklatur die Erzeugnisse und Leistungen, die für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR, für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, für die Deckung des Bedarfs der Bevölkerung, der Wirtschaft und des Staates sowie für den Außenhandel große Bedeutung hatten. Mehr als 100 Positionen des materiell-technischen Bedarfs der NVA gehörten zur Staatsplannomenklatur. Das waren z. B. Kfz, Waffen, Munition, Schiffe, Boote, Nachrichten- und Pioniertechnik, Treibstoffe, Bekleidung, die Instandsetzung von Kampftechnik und Ausrüstungen sowie wissenschaftlich technische Leistungen im Armeeinteresse. Für den größten Teil der Positionen des Bedarfs der NVA gab es in den staatlichen Plänen nur Oberpositionen oder Wertgrößen, die dann durch die Realisierungsorgane mit den bilanzverantwortlichen Organen wie Betrieben oder Kombinatn präzisiert werden mußten.

2.2 Militärtechnische Aufgaben des Dienstbereiches Technik und Bewaffnung

Zu den Aufgaben des Dienstbereiches gehörten folgende militärtechnische Aufgaben:

- die militärtechnische Forschung und Entwicklung,
- die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit der NVA mit den Armeen der Warschauer Vertragsstaaten,
- das Neuerer- und Patentwesen der NVA (einschließlich der Teilnahme an der jährlich stattfindenden Messe der Meister von Morgen - MMM)
- das Meßwesen der NVA,
- die Materialkatalogisierung,
- die Unifizierung und Standardisierung.

Für die Lösung dieser Aufgaben war der Koalitionscharakter der NVA das bestimmende Merkmal.

2.2.1 Zur militärtechnischen Forschung und Entwicklung (FE)

Bis zum Jahre 1964 bestanden für die FE außer der Abt. FE im Dienstbereich Technik und Bewaffnung noch Unterabteilungen bzw. Arbeitsgruppen FE in den Teilstreitkräften, Waffengattungen und Diensten. Diese wurden 1964 ausgegliedert und der Verwaltung Technik zugeführt. Damit war die Verwaltung Technik zuständig für alle Fragen der Zusammenarbeit auf dem Gebiete der FE mit den Einrichtungen der Volkswirtschaft der DDR (Ausnahmen waren lediglich der Kriegsschiffbau sowie kleinere Aufgaben, wie z.B. die Entwicklung von Uniformen).

Die Verwaltung Technik war zuständig für die Ausarbeitung des Planes FE sowie für dessen Realisierung in den Einrichtungen der Volkswirtschaft der DDR. Es galt folgende Aufgabenabgrenzung:

- die Teilstreitkräfte, Waffengattungen und Dienste waren verantwortlich für die Ausarbeitung der taktisch-technischen Forderungen und Erprobung der Muster;
- die Verwaltung Technik war verantwortlich für Auswahl der FE-Einrichtung in der Volkswirtschaft der DDR, den Vertragsabschluss mit dieser Einrichtung, die Begleitung der FE-Aufgabe und internationale Abstimmungen.

Die Aufgaben der Verwaltung Technik trafen prinzipiell auch für Lizenznahmen zu, da durch die Verwendung DDR-eigener Materialien und Bauteile teilweise auch bei Lizenznahmen neue Entwicklungsaufgaben durchzuführen waren.

Die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten in den Einrichtungen der Volkswirtschaft der DDR verliefen prinzipiell nach den für diese geltenden Vorschriften. Damit unterschied sich der Verfahrensweg von dem der Sowjetarmee und weiterer Staaten des Warschauer Vertrages. Dort erfolgten die Entwicklungsarbeiten zunächst in Instituten der entsprechenden Armee, nach Bestätigung des Funktionsmusters erfolgte danach die Überleitung in den Produktionsbetrieb, was höheren Aufwand und Zeitverlust bedeutete. Die FE-Einrichtungen der Volkswirtschaft der DDR waren bis zur Überleitung in die Produktion zuständig.

Die NVA der DDR bezog aus politischen, aber vor allem aus ökonomischen Gründen und anderen Erwägungen (u. a. Berücksichtigung des Potsdamer Abkommens) die Hauptarten der Militärtechnik aus der Sowjetunion und anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages. Dieser Umstand war von großem Vorteil für die NVA, denn die importierte Militärtechnik war auf Grund unterschiedlicher Preisbildung billiger als im Falle einer Eigenproduktion. Außerdem entlastete dieser Umstand die NVA und die Volkswirtschaft von Aufgaben der Forschung und Entwicklung.

Dennoch erfaßte die militärtechnische Forschung und Entwicklung der NVA nicht nur zweitrangige Aufgaben. Sie umfaßte Großgeräte (wie z. B. den Brückenlegepanzer), Schützenwaffen, LKW, Feldlazarette, Feldküchen und optische Geräte (wie z.B. Laserentfernungsmesser) sowie Schiffe und Boote für die Volksmarine.

Die Verwaltung Technik war ebenfalls zuständig für die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der FE. Das betraf:

- die Arbeiten zu Themen, für die eine zwei- oder mehrseitige internationale Arbeit vorgesehen waren ;
- die Abstimmung des FE-Fünfjahresplanes mit der Sowjetarmee
- die Organisation der Teilnahme der NVA an den Ausstellungen der Militärtechnik, die in Vorbereitung der 5-Jahrpläne durchgeführt wurden, um neue Entwicklungen den übrigen Armeen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages zu empfehlen.

2.2.2 Das Meß- und Prüfwesen

Das Meßwesen der NVA war in den Jahren bis etwa 1965 nur in Ansätzen vorhanden. Im Wesentlichen wurden die Überprüfungen (Eichungen) der Meßgeräte durch die Bauaufsicht im Bereich Militärbauwesen und Unterkunft vorgenommen, sie war zuständig für Krane, Kesselanlagen u.a.. Die bis dahin vorhandenen Meßgeräte waren vorwiegend auf das Messen von Druck, Gewicht und anderen mechanischen Größen ausgerichtet.

Mit der Einführung der Raketentechnik, moderner Flugzeugtechnik und anderer Hauptarten der Bewaffnung entwickelte sich der Bedarf an elektrischen, elektronischen, radiologischen und anderen Meßgeräten, es entstand die Notwendigkeit der Einführung eines Zeitdienstes. Erste Lösungen entstanden in den LSK/LV und im Raketen- und Waffentechnischen Dienst. Doch bereits nach kurzer Zeit mußten auch im MfNV die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden. So entstand nach entsprechenden Analysen und organisatorischer Vorbereitungsarbeit in den Jahren 1970/71 die Abteilung Meßwesen mit der dem Leiter dieser Abteilung nachgeordneten meßtechnischen Prüfstelle in Cottbus.

In enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Organen des Amtes für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung (ASMW) wurde für die NVA ein System von Etalonen aufgebaut und das Eichsystem organisiert.

Eine große Aufgabe bewältigten die Angehörigen der Abteilung bei der Einführung des internationalen Meßsystems SI. Probleme traten nur dort auf, wo bei importierter Technik das genannte System in den Herstellerländern nicht durchgesetzt worden war.

2.2.3 Die Materialkatalogisierung

Mit der Einführung modernerer Militärtechnik in die NVA und den damit verbundenen hohen Forderungen an die Einsatzbereitschaft, aber auch in Verbindung mit der rasant ansteigenden Menge von Ersatzteilpositionen entwickelte sich die Notwendigkeit einer datenverarbeitenden Lösung und damit die Forderung nach Einführung eines Systems der Materialkatalogisierung. Diese Forderungen wurden noch nachdrücklicher durch die steigenden qualitativen Anforderungen an die Lagerhaltung. So stiegen die Anforderungen an eine befristete Verwendbarkeit der Teile und an ihre Spezifika bei der Lagerung (beheizte Lagerung, Trennung von bestimmten Materialien u. a.

Die Ausrüstung der NVA bestand zu einem großen Teil aus Importtechnik, demzufolge konnte die Materialkatalogisierung in erster Linie nur auf internationaler Ebene gelöst werden. Ein Umstand bereitete bei der weiteren Arbeit große Sorgen. Es gab eine Reihe gleicher Baugruppen, die in verschiedenen Hauptarten verwendet wurden. So wurde z. B. der Motor der LKW SIL 151 auch in einem SPW-Typ, in Notstromaggregaten u. a. verwendet. Die Hersteller fertigten zwar für ihre Technik Ersatzteilverzeichnisse an, gliederten aber diese Baugruppen jeweils nach ihrem Herangehen ein, so daß eine eindeutige Identifizierung und eine Einmaligkeit für das entsprechende Teil nicht gegeben war. Ein Ziel waren zusätzliche Rationalisierungseffekte, die auch zu materiellen Einsparungen führen konnten. Informationen der Presse belegten, daß auch die NATO vor einer ähnlichen Aufgabe stand.

Insgesamt konnten die Fragen der Materialkatalogisierung nur über die im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) für die Verteidigungsindustrie zuständige Ständige Kommission gelöst werden. In der DDR-Delegation dieser Kommission konnte schnell Übereinstimmung erzielt werden. Offensichtlich war in anderen Teilnehmerstaaten des WV dieses Problem nicht mit dem Nachdruck erkannt wie in der NVA.

Nachdem in der Ständigen Kommission für die Verteidigungsindustrie (SKV) prinzipielle Übereinstimmung über die Schaffung eines Systems der Materialkatalogisierung erzielt

wurde, konnten auch innerhalb der NVA entsprechende Vorschläge ausgearbeitet und dem Kollegium zur Bestätigung eingereicht werden.

Fast parallel zur internationalen Seite entwickelte sich auch die Katalogisierung, die Erarbeitung des Zentralen Artikelkataloges (ZAK), innerhalb der DDR. Die NVA bezog eine Reihe von Ausrüstungen, aber auch Ersatzteile für Importtechnik aus der Volkswirtschaft der DDR. Andererseits mußten auch Exporte von Militärtechnik nach dem Materialcode des RGW verschlüsselt werden. Mit den zuständigen Bereichen gab es eine konstruktive Zusammenarbeit. Es war aber nicht möglich, beide Systeme zu vereinigen, so daß die volkswirtschaftliche Katalogisierung neben der militärischen bestehen blieb und auch für bestimmte Teile eine doppelte Verschlüsselung erforderlich war.

Es kann ohne Übertreibung gesagt werden, daß das RGW-System der Materialkatalogisierung unter wesentlicher Beteiligung der DDR und damit der Mitarbeiter der Abteilung Materialkatalogisierung des Dienstbereiches entstand.

2.2.4 Unifizierung und Standardisierung

Die Entwicklung der Militärtechnik im Verlaufe der 70er Jahre erfolgte sowohl in der NATO wie auch in den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in rasantem Tempo. Innerhalb der Sowjetarmee gab es Erscheinungen der Entwicklung artgleicher Waffen durch verschiedene Teilstreitkräfte. Die Basis der Rüstungsproduktion in den Teilnehmerstaaten vergrößerte sich, die Zahl der Eigenentwicklungen der Bewaffnung nahm zu. Die Fragen der Paßfähigkeit des Gesamtsystems der Bewaffnung und Ausrüstung der verbündeten Armeen gewannen an Bedeutung.

Auf Vorschlag der sowjetischen Seite erfolgten gegenseitige Konsultationen der Armeen und wurden entsprechende Analysen erarbeitet. Die durch den Chef des Bereiches Technik vorgelegte Analyse für die NVA ergab, daß eine Beteiligung der NVA an den Maßnahmen der Koalition zur Gewährleistung der Paßfähigkeit des Systems der Bewaffnung und Ausrüstung sowie die Einleitung von Maßnahmen in der NVA und in der Volkswirtschaft der DDR dringend notwendig waren..

Unter dem Begriff „Unifizierung“ verstanden wir die Summe der Maßnahmen, die zum Erhalt der Paßfähigkeit des Systems der Bewaffnung und Ausrüstung erforderlich waren. Die Unifizierung setzte also eine Abstimmung der Entwicklungsvorhaben der Armeen voraus. Im Falle der Notwendigkeit von Eigenentwicklungen sollte durch einheitliche Kaliber, Frequenzen, Treibstoffe, Kupplungssysteme u. a. zumindest das taktische Zusammenwirken der Armeen und die Verwendungen eines gegenseitig nutzbaren Nachschubes gesichert werden.

Als „Standardisierung“ bezeichneten wir Maßnahmen, die einheitliche Grundlagen für alle Phasen der Entwicklung, Produktion und Nutzung der Bewaffnung und Ausrüstung erfaßten. Bei der Standardisierung ging es darum, trotz der unterschiedlichen Regelungen in den Volkswirtschaften der Länder einheitliche Grundlagen für das System der Bewaffnung und Ausrüstung zu erarbeiten, beginnend mit vereinheitlichten Festlegungen für die Ausarbeitung taktisch-technischer Forderungen, einheitlichen Kriterien für klimatische, mechanische u. a. Belastungen, vergleichbaren Erprobungsmethodiken usw. So war es auch erforderlich, für Erprobungsmuster, Fertigungsmuster usw. vergleichbare Kriterien zu schaffen.

3. Das Neuerer- und Patentwesen

Für die Neuererbewegung in der gesamten NVA sowie für die Gewährleistung des Patentschutzes bei Aufgaben, die der Neuererbewegung entsprangen, war die Unterabteilung Neuerer- und Patentwesen (UA NPW) zuständig. Zwecks Popularisierung

der Neuererbewegung war sie des weiteren für die Gestaltung und Durchführung des NVA-Teiles der jährlichen Messe der Meister von Morgen (MMM) in Leipzig zuständig. Sie arbeitete mit dem „Gesicht zur Truppe“.

Die Neuerertätigkeit in der NVA war analog zur Neuerertätigkeit in der Volkswirtschaft aufgebaut. Sie beruhte auf zwei Säulen: der geplanten und der sporadischen Vorschlags-tätigkeit. Im Rahmen des Plans der Neuererarbeit hatte der zuständige Vorgesetzte die Möglichkeit, bestimmte Aufgaben vorzugeben, die für die Erfüllung seiner dienstlichen Tätigkeit erforderlich und über den Weg der Neuerertätigkeit lösbar waren. Er hatte diese materiell und finanziell abzusichern. Derartige Aufgaben betrafen meistens die Entwicklung von Simulatoren für die Gefechtsausbildung, Rationalisierungsmittel für die Tätigkeiten der Werkstätten, für die Lagerarbeit, für Bürotätigkeiten u. a. Das Recht zur Erteilung von Planaufgaben hatten die Vorgesetzten aller Stufen.

Sporadische Neuerervorschläge entstanden meistens im Verlaufe der dienstlichen Tätigkeit, sie halfen bei der Beseitigung von Mängeln oder sie entsprangen Ideen zur Verbesserung dieser Tätigkeit. Insofern stellten sie zugleich eine Kritik an der Organisation des jeweiligen Prozesses oder an der zur Verfügung stehenden Ausrüstung dar.

Die Neuerertätigkeit wurde allseitig gefördert. Im Durchschnitt wurden pro Ausbildungsjahr etwa 11000 Vorschläge angenommen. Der Nutzen wurde bei den Themen, die wirtschaftlichen Erfolg erbrachten, in Mark ausgewiesen, bei sonstigen Aufgaben erfolgte eine verbale Nutzensbeschreibung. Schon die o. g. Anzahl bestätigter Vorschläge zeugte von einem hohen Nutzen für die NVA. Zur Verallgemeinerung wurden in den Einheiten, Verbänden und auch auf der Ebene der Teilstreitkräfte, Waffengattungen und Dienste Konferenzen und Ausstellungen durchgeführt. In jedem zweiten Jahr gab es im Zusammenhang mit der MMM eine zentrale Neuererkonferenz.

Natürlich hatte diese Bewegung nicht nur Erfolge. So hatte Ende der 60er Jahre ein Neuerer aus dem Bereich der LSK/LV ein Alarmgerät vorgeschlagen, welches jeder Armeeingehörige bei sich zu tragen hatte und über welches abgestuft nach Verantwortungsebenen unterschiedliche Alarmstufen ausgelöst werden konnten. Das war ein wesentlicher Fortschritt zur damaligen telefongebundenen oder persönlichen Benachrichtigung. Auf irgendeinem Weg gelangte die Kunde auch zu W. Ulbricht. Dieser veranlaßte die Produktion in einem Betrieb der Volkswirtschaft. Ausgewählt wurde Sternradio Berlin. Doch bereits die Erprobung der ersten Muster zeigte, daß ein südamerikanischer Sender mit seinen Signalen Alarm auslösen konnte. Die damalige Basis an Bauelementen gewährleistete nicht die erforderliche Selektierung der Eingangssignale und das Vorhaben mußte beendet werden.

Die UA NPW pflegte enge Kontakte zu den Rationalisatoren der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland. Es gab ein System der gegenseitigen Beteiligung an Ausstellungen und Konferenzen, beginnend von den Verbänden bis zu zentralen Maßnahmen. So nahmen auch sowjetische Rationalisatoren mit ihren Exponaten an der MMM in Leipzig teil. Periodisch besuchte der Oberkommandierende mit seinem Stab diese Ausstellung.

4. Das Militärtechnische Institut

Seit Gründung der NVA wurde militärtechnische Forschung und Entwicklung betrieben. Dazu unterstanden bis 1961 dem MfNV eine Reihe von Instituten, die in der Lage waren, Forschungen, Entwicklungen und Erprobungen durchzuführen: Aber nach der Abgabe dieser Einrichtungen verfügte das MfNV nicht mehr über die Möglichkeit, in eigenen Einrichtungen selbst militärtechnische Forschungen und Entwicklungen durchzuführen, sondern mußte sich darauf beschränken, auf der Grundlage der staatlichen Pläne Wirtschaftsverträge mit Instituten und Betrieben über notwendige wissenschaftlich-

technische Arbeiten abzuschließen.

Das war auf die Dauer nicht haltbar und so wurde 1975 das Militärtechnische Institut der NVA (MTI) gegründet und dem SMCTB unterstellt.

Mit dem Aufbau des MTI, zu dem auch ein großes Erprobungsgelände mit einer alle Anforderungen erfüllenden Kfz-Erprobungsbahn gehörte, wurden durch eine Reihe hochqualifizierter und engagierter Offiziere und ziviler Mitarbeiter praktisch aus dem Nichts und auf der grünen Wiese die Voraussetzungen für eigene wissenschaftlich-technische Leistungen geschaffen. Möglich wurden eigene Forschungen, Entwicklungen, Erprobungen sowie wissenschaftlich fundierte Aufgabenstellungen für Vertragsabschlüsse mit der Industrie und der Akademie der Wissenschaften

Mit dem Aufbau dieses Institutes war auch die Absicht verbunden, den Beitrag der DDR bei der Entwicklung neuer Technik im Rahmen des Warschauer Vertrages spürbar zu erhöhen. Gerade unter den Bedingungen der raschen Entwicklung der Elektronik, insbesondere der Steuer-, Regel- und Informationstechnik und auch der Notwendigkeit, möglichst schnell auf neue Militärtechnik und Kampfmittel der NATO zu reagieren, war die Entscheidung zum Aufbau des Instituts richtig, wenn sie auch zweifellos zu spät getroffen worden ist.

5. Die Technischen Dienste im MfNV

Im Jahre 1983 wurden die Technischen Dienste - der Raketen- und Waffentechnische Dienst, der Panzertechnische Dienst und der Krafffahrzeugtechnische Dienst (die bis zu diesem Zeitpunkt dem Stellvertreter des Ministers und Chef der Rückwärtigen Dienste unterstanden hatten) dem SMCTB unterstellt. Das war das Ergebnis einer mehrjährigen Diskussion, in die auch der Stellvertreter des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte für Technik und Bewaffnung einbezogen worden war, der sich zwar dafür aussprach, die Entscheidung aber völlig dem MfNV überließ.

Zweifellos war auf Grund der sehr unterschiedlichen Größen der Armeen eine schematische Übernahme anderer Strukturen nicht möglich. Letzten Endes setzte sich die Auffassung des SMCTB durch, der sich vor allem davon leiten ließ, daß für die Technischen Dienste die unmittelbare und direkte Zusammenarbeit z. B. mit der Verwaltung Materielle Planung, den zentralen Realisierungsorganen und anderen Stellen des Dienstbereiches Technik und Bewaffnung wichtiger war als die Zusammenarbeit mit dem Medizinischen oder Verpflegungsdienst. Mit der Übernahme dieser drei technischen Dienst übernahm er auch die volle Verantwortung für deren Aufgaben.

Die Hauptaufgaben der Chefs der Technischen Dienste waren (2):

- Ausarbeitung der Entwicklungsplanung auf dem Gebiet des Dienstes, die Ermittlung des Bedarfs an KBAV entsprechend den Forderungen des Stellvertreters des Ministers und Chefs des Hauptstabes unter Berücksichtigung materieller und finanzieller Führungsgrößen;
- Planung und Organisation der zeit- und sortimentsgerechten sowie ununterbrochenen technischen Sicherstellung;
- Führung und Organisation der Instandhaltung sowie der technischen und messtechnischen Überprüfung der Technik;
- Erarbeitung von Dienstvorschriften und militärischen Bestimmungen;
- Erarbeitung von Grundsätzen für die Aus- und Weiterbildung der Angehörigen des Dienstes;
- Führung der unmittelbar unterstellten Truppenteile und Einrichtungen;

- Mitarbeit an der Ausarbeitung von Übungen und Teilnahme an diesen;
- Aktuelle Führung und ständige Auskunftsbereitschaft über Bestände und Zustand der Kampftechnik, Bewaffnung und Ausrüstung.

Zur Realisierung dieser Aufgaben unterstanden ihnen Technische Truppen, Instandsetzungsbasen und Lager. Fachliche Weisungsbefugnisse auf der Linie des Dienstes bestanden zu den Kommandos der Teilstreitkräfte.

Diese Entscheidung war sicher zweckmäßig, weil sie die Zusammenarbeit zwischen den Technischen Diensten und den Organen der materiell-technischen Sicherstellung, die trotz aller Probleme gut war, weiter verbesserte, was gerade unter den Bedingungen der sich seit Anfang der 80er Jahre systematisch vertiefenden Schwierigkeiten in der Volkswirtschaft der DDR unbedingt notwendig war.

Man kann bei dieser Entscheidung natürlich nicht unberücksichtigt lassen, daß der SMCTB mit dieser Umunterstellung auch seine Position gegenüber den Landstreitkräften und deren Kommando verstärken wollte und konnte. Ich hatte den Eindruck, daß seine Zusammenarbeit mit dem Chef der Volksmarine und dem Chef der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung stets weitaus enger war, als mit dem Chef der Landstreitkräfte, was eben durch die Aufgabenverteilung bedingt war und nicht an den Persönlichkeiten lag.

6. Die militärtechnische Zusammenarbeit zwischen den Armeen des Warschauer Vertrages

Zu den Hauptaufgaben des Dienstbereiches gehörte die militärtechnische Zusammenarbeit der NVA im Rahmen des Warschauer Vertrages. Die NVA der DDR war eine Koalitionsarmee und dieser Umstand wirkte profilierend auch auf das Gebiet der Militärtechnik und damit auf die militärtechnische Zusammenarbeit der NVA mit den Armeen der Warschauer Vertragsstaaten.

Die militärtechnische Zusammenarbeit war anfänglich im Wesentlichen auf die Forschung und Entwicklung und damit verbundene Prozesse orientiert. Außer dieser Arbeitsrichtung gab es eine rege Zusammenarbeit auf vielen anderen Gebieten der Technik, wie z. B. Konsultationen und Schulungen zur Einführung neuer Typen u. ä.

Im Zusammenhang mit der Größe der Armeen und dem Entwicklungsstand der Volkswirtschaften der Länder machte es wenig Sinn, Neuentwicklungen von Militärtechnik nur auf die Anwendung in einer Armee zu orientieren. So war das Bestreben nach Mehrfachverwendung ein ausgeprägtes Ziel dieser Arbeit.

6.1. Die militärtechnische Zusammenarbeit bis 1969

6.1.1. Abstimmung der Pläne für Forschung und Entwicklung (FE) mit der Sowjetarmee.

Diese Methode ergab sich vorwiegend dadurch, daß die Sowjetarmee nicht an der bilateralen Arbeit der anderen Armeen beteiligt war. Neue Aufgaben der FE hatten ihrerseits wiederum Einfluß auf das durch die sowjetischen Waffen geprägte einheitliche System der Bewaffnung und Ausrüstung der Teilnehmerstaaten. Andererseits gab es auch durchaus Interesse der einzelnen Länder an einer solchen Abstimmung der FE-Aufgaben mit der Sowjetarmee, um Doppelentwicklungen zu vermeiden. Die Abstimmung erfolgte jeweils parallel zur Erarbeitung eines Fünfjahresplanes und beinhaltete für die NVA etwa 100 bis 150 FE-Themen mit kurzer Erklärung des Vorhabens. Die Antwort der sowjetischen Seite war stereotyp und im Wesentlichen auf drei Aussagen reduziert

- Thema ist zweckmäßig,
- es existieren bereits derartige Geräte

- in Einzelfällen wurden Konsultationen zum Vorschlag empfohlen.

Solche Themen, bei denen die Gefahr einer Doppellentwicklung bestand, wurden fast immer durch uns selbst gestrichen. Somit war wenigstens ein gewisser Nutzen gegeben.

Insgesamt befriedigte diese Art und Weise keinesfalls. Dessen ungeachtet gab es jedoch nicht wenige Beispiele der Beteiligung der Sowjetarmee an ausgewählten Maßnahmen der militärtechnischen Zusammenarbeit, z. B. organisierte sie die Vergleichserprobungen der Brückenlegepanzer der DDR und der CSSR, erteilte Konsultationen zu taktisch-technischen Daten usw..

6.1.2 Die bilaterale Zusammenarbeit der anderen Armeen.

Bereits in dieser Zeit fand eine aktive militärtechnische Zusammenarbeit der anderen Teilnehmerstaaten statt. Die Beratungen zwischen den Armeen fanden jährlich zwischen den dafür verantwortlichen Bereichen mit jeweils wechselndem Gastgeberland statt. Inhalt dieser Arbeit waren die Abstimmung der Pläne der militärtechnischen Forschung und Entwicklung. In den späteren Jahren wurden auch Maßnahmen der industriellen Instandsetzung der Kampftechnik und Bewaffnung einbezogen. In die Beratungen wurden die Chefs solcher Waffengattungen integriert, deren Fragen für die konkrete Beratung eine zentrale Bedeutung besaßen. Meistens wurden diese Maßnahmen durch Besichtigungen militärischer oder auch relevanter ziviler Einrichtungen unterstützt. Die Ergebnisse der Beratungen wurden in Protokollen erfaßt. Diese waren die Grundlage für die Realisierung der Maßnahmen der Zusammenarbeit.

Die Voraussetzungen für diese Aufgaben waren Regierungsabkommen der Länder über die zweiseitigen Kommissionen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigungsindustrie. Diese zweiseitigen Kommissionen bildeten ständige Arbeitsgruppen für die Forschung und Entwicklung, die zumeist von den Verteidigungsministerien geleitet wurden.

6.2. Die militärtechnische Zusammenarbeit ab 1969

Durch ständige Kritik der übrigen Teilnehmerstaaten an der Verfahrensweise der Sowjetarmee, aber auch durch die politisch vorgegebene Linie der Aufrüstung änderte sich allmählich der Standpunkt der Sowjetarmee. Es entstand das Interesse an einer stärkeren Einbeziehung der Kapazitäten der anderen Länder. Ein Ausdruck dessen war die Bildung der Führungsorgane der Vereinten Streitkräfte, darunter auch des Technischen Komitees (TK) der Vereinten Streitkräfte (VSK). Das TK wurde im Jahre 1969 gebildet. Damit begann eine Intensivierung der militärtechnischen Zusammenarbeit, die sich bis Ende der 80er Jahre fortsetzte. Sicher bestand das Interesse der sowjetischen Seite vorwiegend darin, über das TK ihre Anforderungen an die Qualität und Quantität der Bewaffnung und Militärtechnik durchzusetzen. So wurden über das TK verlässliche Informationen über Vorhaben und Potentiale der Länder zugänglich, die Aktivitäten der anderen Armeen untereinander und gegenüber der Sowjetarmee koordiniert, die Kompatibilität zur sowjetischen Technik gesichert und eine Auswahl jener Themen vorgenommen, bei denen eine direkte Zusammenarbeit mit der Sowjetarmee ermöglicht wurde.

Es kann eingeschätzt werden, daß die Durchsetzung der sowjetischen Interessen an der „langen Leine“ und selten ultimativ erfolgte. Gleichzeitig waren in dieser Etappe auch beträchtliche Steigerungen bei Erprobungen von militärtechnischen Entwicklungen dieser Staaten und nachfolgende Importe dieser Technik zu verzeichnen. Als Beispiele dieser Entwicklung können die Strahltrainer der Reihe L 29, L 39 aus der CSSR, U-Jäger und andere Kriegsschiffe sowie Rundfunk-Kinowagen aus der DDR dienen.

Das TK war dem Oberkommandierenden der VSK unmittelbar unterstellt, es war laut Statut kein Organ des Stabes der Vereinten Streitkräfte. Es wurde von einem General der Sowjetarmee geführt, außerdem war der erste Stellvertreter des Chefs des TK ein General der Sowjetarmee, die übrigen Armeen entsandten je einen Stellvertreter des Chefs des TK. Die Abteilungen des TK wurden jeweils von einem Offizier der Sowjetarmee geführt, die Stellvertreter rekrutierten sich aus den übrigen Teilnehmerstaaten.

Als beratendes Organ war dem Chef des TK der Militärwissenschaftlich-technische Beirat (MWTR) zugeordnet, der Chef des TK war zugleich Vorsitzender des MWTR. Dem MWTR gehörte auch der SMCTB an. Dieses Gremium war nicht berechtigt, Beschlüsse zu fassen, sondern beendete seine Tagungen mit Empfehlungen, die jedoch in den Armeen der Teilnehmerstaaten weitgehend verbindlich umgesetzt wurden.

Es gab keine Vorgaben für ein Prinzip der Einstimmigkeit, viele Beschlüsse wurden nur durch die jeweiligen interessierten Armeen gefaßt. Die Beratungen des MWTR fanden halbjährlich im Wechsel in den Ländern des Warschauer Vertrages statt. In der Zeit seines Bestehens wurden etwa 40 Tagungen des MWTR durchgeführt.

Der SMCTB war zugleich für die multilaterale und für die bilaterale militär-technische Zusammenarbeit zuständig. Er stützte sich bei dieser Arbeit auf seinen Stellvertreter für Technik, der die FE führte bzw. koordinierte und der für die Vorbereitung, Abstimmung und Kontrolle der Maßnahmen der Zusammenarbeit verantwortlich zeichnete.

Die militärtechnische Zusammenarbeit war vordergründig auf die Koordinierung der FE und der industriellen Instandsetzung gerichtet, in den letzten Jahren der Existenz des TK wurden diesem Organ auch Fragen der Koordinierung von Nutzungsfragen der Waffengattungen und Dienste übertragen.

Als ein wesentliches Mittel zur Koordinierung der FE galten die Einheitlich-Taktisch-technischen Forderungen (ETTF). Die interessierten Armeen nutzten die Möglichkeiten der Definitionsphase, um ihre Interessen am Thema einzubringen. In den meisten Fällen stand für die Erarbeitung das militärwissenschaftliche Potential der Sowjetarmee zur Verfügung. Zum Abschluß der Arbeiten wurden die ETTF vom MWTR bestätigt. Abgestimmte ETTF waren die Grundlage für die Entscheidungen der Armeen über die Art ihrer Beteiligung an der Entwicklung bzw. für den späteren Import..

In der Zeit von 1969 bis 1989 wurden insgesamt 288 Einheitlich-Taktisch-technische Forderungen durch den Militärwissenschaftlich-technischen Beirat bestätigt, davon waren 18,4 % durch die NVA eingebracht.

Ein weiteres Koordinierungsmittel stellten die Ausrüstungsempfehlungen (AE) dar. Der Antrag eines Landes zur Ausrüstungsempfehlung durch den MWTR wurde nach Abschluß der FE und erfolgter Erprobung (meist unter Beteiligung der interessierten Armeen) gestellt. Zumeist waren es die Themen, die auf der Basis der ETTF erarbeitet wurden, es gab jedoch auch nicht wenig Beispiele dafür, daß die Länder dem MWTR auch selbstständig erarbeitete Aufgaben als Ausrüstungsempfehlungen (AE) vorschlugen. In der Zeit von 1969 bis 1989 wurden durch den MWTR 470 AE bestätigt, davon wurden durch die NVA 66, das entspricht 14 %, eingebracht.

Außer diesen Hauptlinien der multilateralen Zusammenarbeit wurde durch die genannten Gremien eine Vielzahl weiterer Aufgaben durchgeführt. So spielten z. B. die Ausstellungen der Militärtechnik in Vorbereitung auf die Fünfjahrpläne eine wichtige Rolle. Bis in die 60er Jahre fanden diese Ausstellungen auf einem Übungsplatz der Sowjetarmee statt. Später wurden sie durch jedes Land für die von ihm entwickelte Militärtechnik eigenständig organisiert und durch Vertreter aller Länder besichtigt.

Die militärtechnische Zusammenarbeit der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages war ein wichtiges Element bei der Stärkung dieses Bündnisses. Nach der Überwindung

von Schwierigkeiten in den Anfangsjahren entwickelte sich zunehmend eine effektive Struktur und Arbeitsweise. Die Länder des Warschauer Vertrages steigerten ihre Rüstungsproduktion und ihre gegenseitigen Exporte. Ein wesentlicher Mangel bestand in der ungenügenden Berücksichtigung der wirtschaftlichen Gegebenheiten. Sinnvolle Ansätze der technischen Arbeit scheiterten nicht selten daran, daß die entwickelten Erzeugnisse nicht bezahlbar waren bzw. daß die Kosten nicht Gegenstand dieser Zusammenarbeit waren, sie wurden in der Regel erst bei der Plankoordinierung durch die speziellen Außenhandelsorgane bekanntgegeben. Die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet fand ungeachtet vieler fachlicher Streitfragen insgesamt in einer sehr freundschaftlichen Art und Weise statt.

Entscheidender Mangel dieses Systems war ihre ungenügende wirtschaftliche Durchdringung. Es gab auch Beispiele, daß die Vertreter der Armeen durch Einbringung hoher technischer Ansprüche die Entwicklung unwirtschaftlich gestalteten, aber selbst nicht am Import interessiert waren. Ungeachtet dieser Mängel waren die benannten Wege bedeutungsvoll für die militärtechnische Entwicklung der Koalition. Die NVA war trotz relativ geringer Eigenproduktion durchaus gleichberechtigt an der Ausarbeitung dieser Unterlagen beteiligt.

7. Technisch-ökonomische Aufgaben des Dienstbereiches

Die Versorgung der NVA mit Lieferungen und Leistungen aus der Volkswirtschaft der DDR und dem handelsüblichen Import (außer Bauleistungen) gehörte zu den Hauptaufgaben des Dienstbereiches und war von direktem Einfluß auf die Gefechtsbereitschaft und Kampfkraft der NVA. Sie spielte daher in der Führungstätigkeit des SMCTB eine große Rolle und stellte an alle auf diesem Gebiet tätigen Armeeeingehörenden und zivilen Mitarbeiter hohe Anforderungen hinsichtlich Qualifikation, Verantwortungsbewußtsein, Selbstständigkeit und Gewissenhaftigkeit sowie Durchsetzungsvermögen und Fähigkeit zur Zusammenarbeit.

Prinzipielle Grundlagen waren neben den militärischen Bestimmungen (Materielle Planungs- und Realisierungsordnung, Ordnung Finanzökonomie, Verzeichnis der Kampftechnik, Bewaffnung und Ausrüstung - VdKBA), die materiellen Pläne (Plan Material und Ausrüstung), die volkswirtschaftlichen Bilanzen, die Rechtsvorschriften (Vertragsgesetz, Lieferverordnung, Militärabnehmerverordnung) und die Bestellunterlagen der Bedarfsträger.

Unter den Rechtsvorschriften war die Liefer- und Leistungsverordnung (LVO) von besonderer Bedeutung. Sie regelte das Zusammenwirken der Realisierungsorgane und der Betriebe, beginnend mit der Bestellung der Lieferungen und Leistungen über den Vertragsabschluß bis zur Bezahlung. Wichtig war die Pflicht der Betriebe/Einrichtungen zum Vertragsabschluß auf der Grundlage der staatlichen Pläne.

7.1 Die Beschaffung von Kampftechnik, Bewaffnung, Ausrüstung und Versorgungsgütern

Die zentralisierte Beschaffung von KABV aus der Volkswirtschaft der DDR hatte die Aufgabe, die Deckung des geplanten Bedarfs der NVA an Erzeugnissen der Industrie (außer Lebensmitteln und Brennstoffen) auf eine militärisch und ökonomisch optimale Art und Weise zu sichern. Seit 1957 war die Beschaffung eine der Hauptaufgaben des Dienstbereiches Technik und Bewaffnung. Auf Grund der in der Industrie herrschenden Strukturen und Arbeitsweise war die seit 1972 bestehende Verwaltung Beschaffung konsequent nach dem Industriezweig- und Geräteprinzip gegliedert. Das betraf sowohl die Abteilungen als auch die zu ihnen gehörenden Unterabteilungen und Arbeitsgruppen, bei denen auch das Erzeugnisprinzip weitgehend verwirklicht worden war. Zum Bestand der Abteilungen gehörten auch die in den Produktionsbetrieben eingesetzten Militärabnehmer.

Die Verwaltung Beschaffung erfüllte im wesentlichen folgende Aufgaben:

- Übernahme der Beschaffungsaufträge der Bedarfsträger und deren Prüfung auf Übereinstimmung mit dem Material- und Ausrüstungsplan, dem VdKBA sowie auf Bestellreife;
- Verbraucherseitige Bedarfsinformation der Bilanzorgane zur Bilanzierung des Bedarfs in der Wirtschaft und Durchsetzung seiner Aufnahme in die Bilanzen;
- Vorbereitung und Durchführung der Auftragserteilung sowie des Abschlusses der Wirtschaftsverträge mit den Betrieben (Auftragnehmern);
- Durchführung der Qualitätsfeststellung durch die Militärabnehmer auf der Grundlage der Technischen Lieferbedingungen, Militärischen Abnahmebestimmungen und Standards;
- Bearbeitung der Rechnungen für erbrachte Lieferungen, Prüfung auf Ordnungsmäßigkeit und der Übereinstimmung mit den vereinbarten Leistungen sowie deren Bezahlung;
- Nachweisführung, Analyse und Abrechnung des Beschaffungsprozesses.

Die Tätigkeit des Zentralen Beschaffungsorgans wurde vor allem durch zwei Faktoren entscheidend beeinflusst: durch die Entwicklung des Beschaffungsvolumens und des Sortiments sowie durch die ökonomische Entwicklung der DDR. Betrug das zu realisierende Beschaffungsvolumen 1960 nur 317 Mio. M, so waren es zehn Jahre später bereits 787 Mio. M, 1980 dann 1955 Mio. M und 1985 schließlich 2244 Mio. M. Das heißt, im Verlaufe von 25 Jahren hatte sich das zu realisierende Planvolumen auf 708 % erhöht, was eine jährliche Steigerungsrate von durchschnittlich 8,2 % bedeutet. Allerdings sind bei der Bewertung dieser Steigerung die planmäßigen Industriepreisänderungen zu berücksichtigen. Somit war eine große Anzahl von Beschaffungsaufträgen der Bedarfsträger zu bearbeiten und in Verträge umzusetzen. Von 1971 - 1985 waren das pro Jahr durchschnittlich 11200 Beschaffungsaufträge von 27 Bedarfsträgern. Der Höhepunkt war im Jahre 1972 mit 13900 Beschaffungsaufträgen erreicht. Es ist hervorzuheben, daß kein Fall bekannt ist, in dem ein Beschaffungsauftrag nicht bearbeitet worden bzw. verloren gegangen war. Mit der Einführung der elektronischen Datenverarbeitung konnte diese Arbeit schrittweise rationalisiert werden.

Jährlich wurden rund 10000 Wirtschaftsverträge mit bis zu 3000 Betrieben abgeschlossen, die über 50000 Positionen betrafen, davon 20000 Positionen Ersatzteile. Mit Einführung des PC-Netzes und des dadurch möglichen Dialogbetriebes konnten die Vertragsgestaltung und -ausschreibung weiter rationalisiert werden. Um diese Arbeit einwandfrei bewältigen zu können, waren eine perfekte Arbeitsorganisation sowie hohe Arbeitsdisziplin und ein solides Fachwissen erforderlich, das insbesondere umfassende Kenntnisse über die Erzeugnisse, die Produktionspalette und Lieferfähigkeit der Betriebe sowie Rechtskenntnisse umfaßte. Zu berücksichtigen ist dabei, daß der Vertragsabschluß im wesentlichen im ersten Halbjahr des Planvorjahres erfolgen mußte, insbesondere für die Erzeugnisse der Staatsplannomenklatur bis zum 31.5., für die übrigen bis zum 31.8. des Planvorjahres. Da ein Disponent im Durchschnitt für ein Jahr 400 Verträge abschließen mußte, bedeutete das, daß er ständig 800 Verträge zu bearbeiten hatte bzw. mit ihnen arbeiten mußte - ein hoher Anspruch an das Verantwortungsbewußtsein der Mitarbeiter und an die Führungstätigkeit der Vorgesetzten.

Das zu beschaffende Sortiment umfaßte Erzeugnisse fast aller Industriezweige, sowohl solche, die speziell für die NVA und andere bewaffnete Organe entwickelt und produziert wurden (einschließlich von Lizenzerzeugnissen), als auch Erzeugnisse, die vorrangig für zivile Zwecke hergestellt wurden. Es umfaßte Erzeugnisse, die nur in geringen Stückzahlen produziert wurden, wie z. B. das Brückenlegegerät BLG 60 oder andere Großgeräte, und solche, die in Millionengrößen über einen langen Zeitraum hergestellt wurden, wie Munition, Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände. Jede Position erforderte die gleiche sorgfältige und exakte Bearbeitung. Mitte der 80er Jahre wurden z.

B. im Jahresdurchschnitt ca. beschafft:

Lkw	1200
Uniformjacken	230000
Uniformhosen	240000
Felddienstanzüge	150000
Schuhe	400000 Paar
Dieselmotorkraftstoff	60000 t
Vergasermotorkraftstoff	40000 t
Flugturbinenmotorkraftstoff	140000 t
Handgranaten	630000
RPG-18	24000
Patronen	31 Millionen
Fernsprechgeräte	4600
Fernschreibmaschinen ca.	1000
Feldfernkabel	800 km
Feldverbindungskabel	400 km
Leichte Feldleitung	4000 km

Diese Zahlen vermitteln auch eine Vorstellung über den großen Bedarf an Transportleistungen, um die Erzeugnisse zum Empfänger zu bringen.

Die Deckung des Bedarfs an speziellen Erzeugnissen war nur möglich, weil die Investitionen, die zur Aufnahme der Produktion neuer Erzeugnisse oder zu Produktionssteigerungen notwendig waren, weitgehend vorrangig in die Volkswirtschaftspläne aufgenommen wurden. So betrug z. B. der Umfang der Investitionen für die Aufnahme der Produktion der Maschinenpistole AK 47 4,8 Mio. M, der Maschinenpistole AK 74 81,3 Mio. M, der RPG 18 42,9 Mio. M, der Munition M 43 25 Mio. M und der Munition M 74 88,5 Mio. M. Fast in allen Betrieben mit spezieller Produktion für die NVA wurden so in den letzten 10-15 Jahren umfangreiche Investitionen getätigt, wie z. B. im VEB Burger Bekleidungswerk, im VEB Pyrotechnik Silberhütte, im VEB Chemiewerk Kapen und im STAG Genthin.

Obwohl die staatlichen Planaufgaben und die Lieferverordnung (LVO) sowie Bilanzentscheidungen der wirtschaftsleitenden Organe und die Vertragsabschlusspflicht der Betriebe den Eindruck erwecken konnten, Vertragsabschluss und -realisierung seien ein relativ klarer und eindeutig geregelter Prozeß gewesen, gab doch es in der Praxis eine Vielzahl komplizierter Probleme, die mit der Verschlechterung der ökonomischen Lage in der DDR seit Beginn der 80er Jahre erheblich an Gewicht gewannen.

Ein ernstes Problem waren sprunghafte Veränderungen in den Bedarfsgrößen von einem Jahr zum anderen. Einem hohen Bedarf in dem einen Jahr stand ein geringer oder gar kein Bedarf im folgenden Jahr gegenüber. Das brachte zwangsläufig ernste Schwierigkeiten, besonders in denjenigen Produktionsbetrieben, deren Kapazität zum größten Teil oder ausschließlich von Lieferungen für die NVA ausgelastet war. Häufig trat dies bei neu in die Produktion übergeleiteten Erzeugnissen auf, wo der Bedarf der NVA in möglichst kurzer Zeit gedeckt werden sollte. Den dafür notwendigen Investitionen war dann nur eine kurze Auslastung beschieden, was volkswirtschaftlich nicht günstig war.

Auch die Vertragsrealisierung war mit einer Vielzahl von Problemen verbunden. Dazu gehörte z. B., daß bei neu entwickelten Erzeugnissen der Abschluß des Entwicklungsthemas nicht termingerecht erfolgte, was bei rund 30 % der Themen der Fall war. Im Ergebnis dieser Verzögerung lief die Serienproduktion verspätet an, so daß eine termin- und mengenmäßige Vertragserfüllung nicht möglich war.

Schließlich führten auch Qualitätsmängel, die durch Nichteinhaltung der Technologie, Mängel im verarbeiteten Material oder Abweichungen von den in den Technischen Lieferbedingungen festgelegten Parametern verursacht wurden, immer wieder zu Vertragsverletzungen. Diese Qualitätseinbrüche waren jedoch nicht typisch. Viele Betriebe lieferten über Jahre eine einwandfreie Qualität; allerdings schloß auch eine jahrelange stabile Qualität Rückschläge nicht aus.

In den 80er Jahren nahmen Vertragsverletzungen zu, die durch das Vorziehen von Exporten in das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet (NSW) zu Lasten der Lieferungen an die NVA verursacht wurden. Das erforderte eine ständige Kontrolle der Einhaltung der vertraglich festgelegten Liefertermine durch die Mitarbeiter, um schnell auf alle Vertragsverletzungen reagieren zu können.

Ein besonderes Problem gab es in jedem Jahr am Jahresende, wenn Betriebe, die Rückstände aufzuweisen hatten, mit den unterschiedlichsten Methoden versuchten, trotzdem eine 100%ige Planerfüllung zu erreichen bzw. zumindest nachzuweisen - denn davon hing die Jahresendprämie der Belegschaft ab, obwohl die nichts dafür konnte, wenn der Plan infolge von Ausfällen in der Kooperationskette nicht erfüllt werden konnte. Dann griffen auch prominente Wirtschaftsfunktionäre zum Telefon oder setzten sich ins Auto, um persönlich den Versuch einer Bereinigung oder Korrektur der Lage zu unternehmen. In der Regel wurden die Jahrespläne mit rund 99% erfüllt. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß das ganze Jahr über Planänderungen - meistens Reduzierungen (vornehm als Planabsenkungen bezeichnet) - vorgenommen wurden, um die Kennziffern den objektiven Realitäten anzupassen. Die letzten Planänderungen wurden im Januar des Folgejahres vorgenommen, um dem allgemeinen Trend und dem Willen der Partei- und Staatsführung zu entsprechen, in jedem Jahr eine Übererfüllung der Volkswirtschaftspläne nachzuweisen.

Insgesamt gesehen hat sich das System der zentralen Realisierung von Material und Ausrüstung bewährt. Von 1960 bis 1989 wurden Erzeugnisse im Werte von über 40 Mrd. M beschafft, ein Ergebnis, daß nur durch die großen Leistungen der angestrengt und verantwortungsbewußt arbeitenden Armeeingehörigen und Zivilbeschäftigten der Verwaltung Beschaffung möglich war.

7.2. Die industrielle Instandsetzung der Militärtechnik

Im Jahre 1964 übernahm die Verwaltung Beschaffung die Realisierung der Instandsetzung von Kampftechnik, Bewaffnung und Ausrüstung in der Industrie der DDR, die bis zu diesem Zeitpunkt in Verantwortung der Teilstreitkräfte, Waffengattungen und Dienste gelegen hatte. Nicht einbezogen war die Instandsetzung der Schiffe und Boote der Volksmarine, die bis zum Schluß in Verantwortung des Kommandos der Volksmarine geblieben ist.

Wenn sich auch in methodischer Hinsicht der Prozeß der Realisierung der industriellen Instandsetzung nicht prinzipiell von den anderen im Bereich Beschaffung und Instandsetzung ablaufenden Realisierungsaufgaben unterschied, so gab es jedoch in inhaltlicher Hinsicht gegenüber der Beschaffung eine Reihe wesentlicher Unterschiede. Die industrielle Instandsetzung ist eine Leistung, die unabhängig von der konkreten Technik u. a. von folgenden Faktoren bestimmt wird: Anlieferungszustand (Verschleiß,

Beschädigungen), zu erreichendes Ergebnis (Wiederherstellung taktisch-technischer Parameter), Anliefertermin, Durchlaufzeit, Ausliefertermin, Niveau der wissenschaftlich-technisch-technologischen Vorbereitung, technisch-technologisches und ökonomisches Niveau des Leistenden. Der größte Teil der instandzusetzenden Militärtechnik war importiert worden, vorwiegend aus der UdSSR, Polen und der Tschechoslowakei. Die Dokumentation mußte daher von den ausländischen Herstellern geliefert werden, ebenso wie ein großer Teil der benötigten Ausrüstung der Betriebe (Maschinen, Vorrichtungen, Werkzeuge, Lehren und Prüfmittel) sowie der Ersatzteile und Baugruppen.

Schließlich erforderte die industrielle Instandsetzung eine langfristige wissenschaftlich-technische Vorbereitung, meist in enger Zusammenarbeit mit dem Hersteller der betreffenden Militärtechnik. Es bedurfte eines längeren Zeitraumes, um diesen Realisierungsprozeß vollständig und einwandfrei zu beherrschen, wobei jede Einführung einer neuen Technik in die Instandsetzung auch eine neue Herausforderung an das Realisierungsorgan war.

Mit der Bildung der Verwaltung Instandsetzung am 1.12.1972 wurde eine Struktur geschaffen, die eine Zusammenfassung aller für die Führung und Realisierung der Instandsetzungsprozesse in eine militärisch und ökonomisch günstigere Form ermöglichte. Von 1965 bis 1972, dem Gründungsjahr der Verwaltung, war der wertmäßige jährliche Umfang der industriellen Instandsetzung von 131 Mio. M auf 345 Mio. M gestiegen, d. h. auf 263 %. Diese Entwicklung hat sich weiter fortgesetzt. 1980 hatte sich das zu realisierende finanzielle Volumen gegenüber 1972 mehr als verdoppelt und erreichte 1989 1199 Mio. M. Im Verhältnis zu 1965 war das eine Steigerung auf 915 %, und im Verhältnis zu 1972 auf 348 %, was in den letzten 17 Jahren eine jährliche Steigerung um 7,6 % bedeutete. Der Fünfjahrplan 1986-90 sah für 1990 sogar ein Realisierungsvolumen von 1420 Mio. M vor.

Parallel dazu stieg die Anzahl der für die industrielle Instandsetzung herangezogenen Betriebe. Waren es 1970 ca. 130, so arbeiteten 1985 bereits über 300 Betriebe für die Verwaltung Instandsetzung. In diesem Zeitraum wurde eine erhebliche Anzahl dieser Betriebe erweitert, modernisiert oder für die Instandsetzung von Militärtechnik umprofiliert. Zu den letzteren gehörten z. B. STAG Genthin für Pioniertechnik und Technik der Chemischen Dienste, Landmaschinenbau Güstrow für Artillerietechnik, VEB Kraftfahrzeuginstandsetzung Neustrelitz für Tanktechnik. Modernisiert und erweitert wurden u. a. Reparaturwerk Neubrandenburg, AREWA Altenburg, NEM Magdeburg, Robotron Elektronik Radeberg, Reparaturwerk Berlin-Friedrichsfelde, Flugzeugwerft Dresden, Instandsetzungswerk Ludwigsfelde, Instandsetzungswerk Pinnow, Motorenwerk Wurzen. Man kann davon ausgehen, daß in den 80er Jahren 60 % der Grundfonds der Instandsetzungsbetriebe erneuert worden sind.

Jährlich erhielt die Verwaltung Instandsetzung im Durchschnitt von 20 Bedarfsträgern 1600 Bestellunterlagen, die zu fast 2000 Verträgen führten. Das bedeutete, daß ein Disponent/Referent durchschnittlich 190 Verträge abzuschließen und hinsichtlich der Erfüllung zu kontrollieren hatte. Er mußte also ständig rund 380 Verträge im Auge behalten. Um welche Dimensionen es sich dabei handelte, machen zum Beispiel folgende Zahlen deutlich, die die in den letzten Jahren durchschnittlich instandgesetzte Militärtechnik betreffen:

Großgeräte der Pioniertechnik	500	Richtfunktechnik	80
SPW	300	Panzer und Spz	240
Jagdflugzeuge	40	Funkstationen mittl. Leistung	110
Hubschrauber	20	Funkstationen kl. Leistungen	1400

Strahltriebwerke	195	Elektroaggregate	900
Geschütze und Geschößwerfer	135	Geländegängige Pkw.	300
Lkw.	2000	Panzermotoren	350

Das steigende wissenschaftlich-technische Niveau der Instandzusetzenden Importtechnik stellte wachsende Anforderungen an die Vorbereitung der Instandsetzung. 1968 wurde daher das System der Musterinstandsetzung mit 11 Leistungsstufen eingeführt, das 1981 durch den Übergang zu wissenschaftlich-technischen Leistungen bei der Vorbereitung der industriellen Instandsetzung abgelöst wurde. Jährlich waren etwa 95 Themen im Plan enthalten, was pro Bearbeiter bedeutete, 8-10 Themen zu bearbeiten, von denen in jedem Jahr bis zu 3 zum Abschluß zu bringen waren. In diesen Zahlen widerspiegelt sich auch die Tendenz zur Erweiterung des Sortiments. Es wurden 1975 44, 1980 104 und 1985 171 Leistungsarten neu in die Instandsetzung eingeführt, während in den gleichen Jahren nur 8 bzw. 31 bzw. 65 ausliefen. Gleichlaufend mit dieser Tendenz erhöhte sich der Aufwand für die Vorbereitung der Instandsetzung von 6,4 Mio. M im Jahre 1970 auf 34,7 Mio. M 1985.

Das ernsteste, bis zum Schluß nicht gelöste Problem waren jedoch die Mängel in der internationalen wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der industriellen Instandsetzung im Rahmen des RGW, weil die SKV dafür nicht zuständig war. Nur in der DDR gehörten die Instandsetzungsbetriebe der Volkswirtschaft und nicht den Streitkräften. Daraus resultierten die sehr langen Bestellfristen für die Instandsetzungsdokumentation, für Konsultationen und für die Nachrüstung der Betriebe. Es war durchaus nicht selten, daß die sowjetische Seite zuerst keine Bestellungen entgegennahm, sondern nur das Jahr bekannt gab, in dem sie bereit sei, Bestellungen entgegenzunehmen Oder sie rechnete vor, wann überhaupt erst mit der Instandsetzungsvorbereitung zu beginnen wäre. In der Regel begann die Lieferung der benötigten Dokumentation erst 4-6 Jahre nach der Einführung der Technik. Immerhin wurde erreicht, daß 82 % der Instandsetzung an der Militärtechnik der NVA in der DDR durchgeführt wurden und nur 18 % im Ausland. Trotz großer Anstrengungen ist es, außer bei der Flugzeug- und Fla-Raketentechnik, nicht zu einer echten, dauernden Zusammenarbeit mit der UdSSR gekommen. Das wirkte sich auch bei der Durchführung der Serieninstandsetzungen aus. Die Versorgung mit Ersatzteilen war nicht stabil und konnte den Bedarf nur zu 60 -70 % befriedigen, wobei z. T. erhebliche Sortimentslücken auftraten. Dadurch kam es immer wieder zu erheblichen Verlängerungen der Ausbleibezeiten der Technik mit entsprechenden Einschränkungen der Gefechtsbereitschaft der davon betroffenen Truppenteile. Bei den Lieferungen aus der UdSSR mußte außerdem in Kauf genommen werden, daß die Preise für einzelne Ersatzteile sehr hoch waren. So kosteten die für die Instandsetzung bestimmter Flugzeugtriebwerke benötigten Ersatzteile mehr als die komplette Instandsetzung in der UdSSR. Wenn trotz dieser Schwierigkeiten der Bedarf der NVA an industriellen Instandsetzungen in der Industrie der DDR in der Regel zu 98 - 99 % gedeckt werden konnte, so widerspiegeln sich darin Arbeit und Anstrengungen der Angehörigen der Verwaltung Instandsetzung und die großen Leistungen der Arbeiter, Techniker, Ökonomen und Leitungen in den Instandsetzungsbetrieben.

Sowohl während der Vorbereitung der Instandsetzungen als auch während der Serieninstandsetzung spielten zwei Aspekte eine besondere Rolle. Das war zum einen die für die Instandsetzung im Betrieb benötigte Zeit, um deren Senkung ein ständiger und beharrlicher Kampf geführt wurde, denn je kürzer diese Zeit war, um so weniger Technik stand gleichzeitig im Betrieb, und um so geringer waren die Auswirkungen für die Truppe. Der andere Aspekt waren die Preise, die praktisch mit jedem neuen Typ einer Technikart drastisch stiegen. Unter diesen Bedingungen erforderte es große Anstrengungen, die geforderten Prämissen zu erreichen: der Preis für eine Hauptinstandsetzung sollte 70 %,

für eine mittlere Instandsetzung 50 % und für eine Teilinstandsetzung 30 % des Beschaffungspreises nicht übersteigen. Es spricht für die solide, verantwortungsbewußte Arbeit der dafür zuständigen Mitarbeiter und der Betriebe, wenn diese Zielstellung insgesamt erheblich unterboten werden konnte.

Von wachsender Bedeutung war in den letzten Jahren die Modernisierung, insbesondere in Verbindung mit der Instandsetzung, um neben dem physischen Verschleiß auch den moralischen aufzuhalten oder weitgehend zu eliminieren. Das größte Vorhaben war ab 1987 die komplexe Modernisierung des Panzers T 55 A durch Ausstattung mit einer modernen Feuerleitanlage, Verstärkung der Turm-, Bug- und Bodenpanzerung, Anbringen einer Anlage zum Verschuß von Nebelkörpern, Sicherung vor Napalm sowie eine Erhöhung der Motorleistung. Es war die erste Modernisierung, die als Komplex durchgeführt wurde. Bis 1990 wurden 309 Panzer modernisiert.

Die Deckung des wachsenden Bedarfs der NVA an industriellen Instandsetzungen hing wesentlich auch von einer entsprechenden Entwicklung der Arbeit in den Instandsetzungsbetrieben und den ihnen übergeordneten wirtschaftsleitenden Organen (Kombinate, Industrieministerien) sowie von deren Einstellung zu den Aufgaben ab. Um darauf wirksam Einfluß nehmen zu können, wurden vom MfNV unter Leitung des SMCTB in den Jahren 1973, 1976, 1981 und 1986 zentrale Instandsetzungskonferenzen durchgeführt, an denen die Betriebsdirektoren, Generaldirektoren, Vertreter der Industrieministerien und die Bedarfsträger sowie weitere mit der industriellen Instandsetzung befaßte Persönlichkeiten teilnahmen.

Die 1986 unter Teilnahme des Ministers für Nationale Verteidigung durchgeführte 4. Instandsetzungskonferenz orientierte insbesondere auf die Intensivierung der Instandsetzung, die Bestimmung der günstigsten Varianten des Instandsetzungszyklus und die Verstärkung der internationalen wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern. Sie war gekennzeichnet durch das objektiv ziemlich aussichtslose Bemühen des MfNV, zu verhindern, daß die wachsenden ökonomischen Schwierigkeiten der DDR sich auf die industriellen Instandsetzungen an der Militärtechnik auswirkten.

Nicht unerwähnt bleiben dürfen die Besuche von Minister Hoffmann in wichtigen Instandsetzungsbetrieben wie Flugzeugwerft Dresden, Reparaturwerk Neubrandenburg, Instandsetzungswerk Pinnow, Instandsetzungswerk Ludwigsfelde, STAG Genthin. Sie brachten sehr nachdrücklich die große Bedeutung zum Ausdruck, die diese Betriebe für die NVA besaßen.

25 Jahre zentralisierte industrielle Instandsetzung haben gezeigt, daß diese Organisation unter den konkreten Bedingungen der NVA und der Volkswirtschaft der DDR und auch auf Grund des hohen Einsatzes der Angehörigen der Verwaltung Instandsetzung zweckmäßig war. Sie sicherte einen optimalen Einfluß auf die Entwicklung der Kapazitäten in der Industrie in quantitativer und qualitativer Hinsicht und deren effiziente Nutzung. Trotzdem muß festgestellt werden, daß nicht alle ökonomischen Möglichkeiten genutzt werden konnten.

7.3. Der militärische Schiffbau

Am 1. 1. 1964 übernahm der Dienstbereich Technik und Bewaffnung die Beschaffung von Schiffen und Booten und die Realisierung des schiffstypischen Bedarfs vom Kommando der Volksmarine. Mit dieser Aufgabe wurde auch die Abteilung Beschaffung des Bereiches Technik des Kommandos in die Verwaltung Beschaffung eingegliedert. Am 1. 12.1965 wurde des weiteren die Realisierung der Projektierung und des Baus von Schiffen und Booten der Verwaltung Beschaffung übertragen, der Stellvertreterbereich Schiffbau geschaffen und in Rostock stationiert. 1972 wurde der Bereich Schiffbau in die

Verwaltung Schiffbau umgewandelt.

Die Hauptaufgabe der Verwaltung Schiffbau bestand darin, die Aufgabenstellung für die Studie auszuarbeiten. Grundlage dafür war die in Zusammenarbeit mit dem Kommando der Volksmarine erarbeiteten technisch-ökonomischen Forderungen. Die Studie wurde in der Regel durch den Finalproduzenten angefertigt und war nach ihrer Bestätigung die Grundlage der Aufgabenstellung für das Skizzenprojekt, die konkrete Forderungen bzw. Vorgaben zum Realisierungszeitraum, zur Seriengröße und zur Ökonomie, zur Zweckbestimmung des Schiffes, zur Bewaffnung und Ausrüstung, zur Besatzung, zu schiffbaulichen Elementen (Geschwindigkeit, Fahrstrecken, Autonomie, Seetüchtigkeit), zu Antriebsanlagen, zur Nutzung und zu Modernisierungsmöglichkeiten enthielt.

Die Zeit von der technischen Konzipierung bis zum ersten Serienschiff betrug 5-8 Jahre. Das bedeutete, alle Maßnahmen der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit der UdSSR und ebenso alle Importlieferungen fünf Jahre im voraus zu planen und zu sichern, Das machte die Berücksichtigung aller Änderungen an der vorgesehenen Importtechnik zu einem Problem und entsprach nur wenig den Bedingungen der Planwirtschaft. So geschah es z. B., daß die für das Landungsschiff vorgesehenen und in der UdSSR bestellten Geschosßwerfer erst geliefert wurden, nachdem die ersten vier Landungsschiffe bereits in Dienst gestellt waren. Die Ursache dafür war offensichtlich darin zu suchen, daß die Sowjetflotte auf diesen Schiffen keine Geschosßwerfer hatte.

Der Bereich bzw. die Verwaltung Schiffbau realisierte den größten Teil des Bedarfs der Volksmarine an Kampfschiffen und -booten sowie fast alle Hilfsschiffe. In den Jahren 1968 - 1971 wurden 21 Minensuch- und -räumschiffe des Projektes 89.1 und anschließend bis 1979 30 des Projektes 89.2, die auf der Peene-Werft Wolgast gebaut worden waren, der Volksmarine übergeben. Außerdem wurden auf der Basis dieses Projektes noch einige Hilfs- und Spezialschiffe und für den Ministerrat der DDR 1971 auf der Basis des Projektes 89.1 für 16,1 Mio. M die Staats-Yacht „Ostseeland“ gebaut. 1970 wurde mit der Projektierung des Landungsschiffes Projekt 108 und des leichten Torpedoschnellbootes Projekt 131 begonnen. Von 1975-77 wurden 12 Landungsschiffe und anschließend auf der Basis dieses Projektes 2 Gefechtsversorger Projekt 109 gebaut. Vom Projekt 131 wurden 1974-77 insgesamt 3 Versuchsboote und 30 Serienboote gebaut. Außer diesen Projekten wurde eine Reihe von Hilfsschiffen und -booten projektiert und gebaut, wie z. B. das Seezeichenkontrollboot SK 64, der Versorger Projekt 602 und der Schwimmende Stützpunkt Projekt 162. Für die Pioniertruppen und das Militärtransportwesen wurden u. a. die Rammfähren RF 68 bzw. RF 68 M, SRF 500 und SRF 1250 von der Schiffswerft Barth entwickelt und gebaut.

Im Januar 1980 besuchte der Oberkommandierende der Sowjetflotte, Flottenadmiral Gorschkow, die DDR. Anlässlich dieses Besuches wurden eine Reihe von Festlegungen über die Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der DDR auf dem Gebiet des Kriegsschiffbaus getroffen, die von großem Einfluß auch auf die Entwicklung der betreffenden Industriezweige in der DDR waren - insbesondere im Schiffbau selbst, im Motorenbau und in der Elektronik. Wenn auch einige der Vorhaben wegen fehlender wissenschaftlich-technischer und kapazitätsmäßiger Voraussetzungen in der DDR und ausbleibender Unterstützung seitens der UdSSR nicht verwirklicht werden konnten, wurde dennoch eine neue Etappe in der Zusammenarbeit eingeleitet. Von den in der DDR projektierten und gebauten UAW-Schiffen Projekt 133.1 erhielt 1983-85 die Volksmarine 16 und bis 1989 die Sowjetflotte 12 in einer modernisierten Variante.

Eine umfassende Zusammenarbeit wurde für die Projektierung des Raketen-Artillerie-Schnellbootes Projekt 151 vorgesehen. Die DDR hatte neben der Projektierung und dem Bau dieses Bootes auch die Entwicklung und den Bau einiger Elemente der Bewaffnung übernommen, während die UdSSR die Absicht erklärt hatte, selbst eine

Anzahl dieser Schnellboote zu kaufen. Allerdings lehnte es die sowjetische Seite ab, über die auf diesem Gebiet in der UdSSR vorhandenen Erkenntnisse und Erfahrungen oder Entwicklungen zu informieren bzw. entsprechende Unterlagen zu übergeben, was natürlich auf absolutes Unverständnis bei uns stieß. Die vorgesehenen und bereits mit erheblichem Aufwand betriebenen Eigenentwicklungen und auch die Vorbereitung der Produktion eines Rechners nach sowjetischer Lizenz wurden 1989 und 1990 abgebrochen, da seitens der DDR und auch der UdSSR (Ausbleiben der zugesagten wissenschaftlich-technischen Unterstützung) die Voraussetzungen für eine Weiterführung nicht mehr gegeben waren. Drei Boote des Projektes 151 wurden jedoch noch 1990 in einer abgerüsteten Variante als Patrouillen-Boot auf der Peene-Werft Wolgast fertiggestellt.

Um den steigenden wissenschaftlich-technischen Anforderungen an die Projektierung von Kriegsschiffen besser gerecht zu werden, wurde 1973 der Leitung des MfNV der Vorschlag unterbreitet, ein Institut für Kriegsschiffbau als VEB der NVA zu schaffen und der Verwaltung Schiffbau zu unterstellen. Dieser Vorschlag wurde wegen der dazu benötigten 35 Planstellen abgelehnt. Erst vier Jahre später wurde er wieder aufgegriffen, und es wurde das Institut für Schiffbautechnik in Rostock-Warnemünde als Betrieb des Kombines Schiffbau gegründet. Ein interessantes, militärisch relevantes und von selbständig-konstruktiver Arbeit zeugendes Ergebnis war die Entwicklung eines Minenidentifizierungs- und -vernichtungsgerätes für Minensuch- und -räumschiffe, das jedoch nicht mehr über das Entwicklungsstadium hinaus gelangen konnte.

Insgesamt sind von der Verwaltung Schiffbau bei der Projektierung und dem Bau von Schiffen und Booten hervorragende Ergebnisse erzielt worden. Die Schiffe waren durchweg modern und leistungsfähig und entsprachen den an sie gestellten operativ-taktischen Anforderungen. Diese Bewertung ist auch in Stellungnahmen westlicher Experten sowie in der hohen Meinung zum Ausdruck gekommen, die das Oberkommando der Sowjetflotte vom militärischen Schiffbau der DDR besaß. Letzten Endes sind die Ergebnisse des militärischen Schiffbaus auch ein Ausdruck der Leistungsfähigkeit der daran beteiligten Industrie und des Leistungswillens der Werktätigen, die von 1965 - 1989 Schiffe, Boote und sonstige schwimmende Technik im Werte von 3,2 Mrd. M produziert und an die NVA geliefert haben. Diese Ergebnisse waren aber auch auf die hohe Qualifikation und den großen Leistungswillen der Angehörigen der Verwaltung Schiffbau zurückzuführen, die sich voll und ganz mit ihrer komplizierten Aufgabe identifizierten.

7.4 Der handelsübliche Import

1964 übernahm der Dienstbereich Technik und Bewaffnung die Realisierung des Importes handelsüblicher Erzeugnisse von der Ingenieur-technischen Verwaltung des Ministeriums für Außenhandel. Diese Veränderung wurde notwendig, weil sich die Organe des speziellen Außenhandels in den Lieferländern nicht mit dem Export handelsüblicher Erzeugnisse befaßten. Dort fiel der Handel mit diesen Erzeugnissen ausschließlich in die Zuständigkeit der zivilen Außenhandelsunternehmen.

Es wurde die Abteilung Handelsüblicher Import gebildet, die die notwendigen Vertragsbeziehungen mit den Außenhandelsbetrieben (AHB) der DDR, wie z. B. Transportmaschinen, Chemie-Export-Import, Heimelektronik Export-Import, Union, Technocommerz herzustellen und zu realisieren hatte. Außerdem hatte sie den Valutabedarf bei den bilanzierenden Organen anzumelden und durchzusetzen. Die AHB ihrerseits schlossen Importverträge mit den ausländischen Außenhandelsorganisationen ab, wie z. B. Autoexport, Zapchast-Export, Sojusneft-Export, Mashpriborintorg.

Der prinzipielle Unterschied in der Tätigkeit dieses Realisierungsorgans gegenüber den anderen lag in der Trennung vom Produzenten, die im Handel mit der UdSSR praktisch total war. Wenn es trotz der Zwischenglieder gelungen ist, den Bedarf an Erzeugnissen

aus dem Import zu decken, dann war das nur möglich, weil die Angehörigen der Abteilung sich mit viel Initiative und Geschick, mit Beharrlichkeit und Ausdauer für die Erfüllung ihrer Aufgaben engagierten.

Wenn auch der Bedarf der NVA im Rahmen der abgeschlossenen Handelsabkommen und der bestätigten Importkontingente vorrangig abgedeckt werden sollte, so gab es doch immer wieder ernste Probleme, die z. T. deutliche Auswirkungen auf die Einsatzbereitschaft der Militärtechnik hatten, insbesondere durch das nicht ausreichende Aufkommen an Ersatzteilen und auch an speziellen Schmierstoffen, von denen die NVA jährlich 1500 - 2000 t benötigte, in den Lieferländern.

Verhandlungen von Mitarbeitern der Abteilung Handelsüblicher Import und auch von mir direkt mit Vertretern der sowjetischen Außenhandelsorgane änderten in der Regel selbst bei vorhandener Bereitschaft der sowjetischen Vertreter nicht viel, da letzten Endes die entsprechenden Plankontingente vom sowjetischen Staatlichen Plankomitee festgelegt wurden. Eine Verbindung mit den sowjetischen Produktionsbetrieben war praktisch unmöglich und beschränkte sich auf seltene Ausnahmen. Das hat sich erst in den letzten Jahren geändert.

Eine Ausnahme in der Verbindung zum sowjetischen Produktionsbetrieb war die feierliche Übernahme des 5000. Lkw Ural am 10. Mai 1970 im Uraler Automobilwerk in Miass durch eine Delegation des MfNV. Diese Veranstaltung fand im Betrieb und im Gebiet Tscheljabinsk große Beachtung, was auch in der Teilnahme des Gebietssekretärs der KPdSU für Wirtschaft zum Ausdruck kam.

Der Import aus dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet war mit 3 Mio. M im Jahresdurchschnitt mengenmäßig nur gering.

Insgesamt war der handelsübliche Import für die NVA von großem Gewicht. Er realisierte den gesamten Bedarf an schweren Transportfahrzeugen (es wurden allein über 10000 LKW Ural importiert) an geländegängigen Pkw, an kolbengetriebenen Schul- und Sportflugzeugen, an ziviler Flugsicherungstechnik und Flugplatzausrüstung, an Tankfahrzeugen, Autokränen, speziellen Ölen und Fetten bis zu Filmvorführgeräten sowie Segelflugzeugen einschließlich der dafür benötigten Ersatzteile. Die Entwicklung der Planzahlen belegt diese Einschätzung. Von 1965 bis 1970 stieg das Wertvolumen des handelsüblichen Imports auf 350 % und lag bis 1985 immer über 260 Mio. M im Jahr. Von 1965-89 hat das Planvolumen insgesamt 5,7 Mrd. M betragen. Im Durchschnitt umfaßte der Plan Handelsüblicher Import jährlich 25000 Positionen, darunter 80-90 % Ersatzteile und Zubehör. Sie waren in 1200 Beschaffungsaufträgen erfaßt. Zu ihrer Realisierung wurden mit den AHB der DDR jährlich rund 1300 Einfuhrverträge abgeschlossen.

7.5 Die Militärabnahme

Die Anforderungen an die Qualität der KBAV und die objektiv gegebene Trennung des unmittelbaren Nutzers vom Lieferer bzw. Leistenden stellen hohe Ansprüche an die Produktion in den Betrieben und auch an die Prüfung der von ihnen zu erbringenden Leistungen. Es ist international üblich, dass die militärischen Auftraggeber in den Entwicklungs-, Produktions- und Instandsetzungsbetrieben Beauftragte einsetzen - so auch das MfNV.

1971 wurden die von den Waffengattungen und Diensten in Betrieben eingesetzten Kontroll- und Abnahmebeauftragten übernommen und in die Beschaffungsabteilungen eingegliedert. Im Jahre 1972 wurde die Bezeichnung Militärabnehmer eingeführt, um den Sinn ihrer Tätigkeit und ihre Stellung klar zum Ausdruck zu bringen.

Ihre Aufgaben waren in der Militärabnehmerverordnung vom 15.10.1981, die ebenso wie ihre Vorläufer auf dem Verteidigungsgesetz beruhte, festgelegt. Sie wurden als

Beauftragte des MfNV zur Sicherung der bedarfsgerechten Versorgung der Nationalen Volksarmee mit Bewaffnung, Technik, Ausrüstung und Versorgungsgütern und zur Gewährleistung der Zusammenarbeit mit den Kombinat, Betrieben und Genossenschaften sowie den staatlichen Aufsichts- und Überwachungsorganen eingesetzt. Auf der Grundlage der Rechtsvorschriften und militärischen Bestimmungen hatten sie Kontrollen zur Vorbereitung und Realisierung von Lieferungen und Leistungen für das MfNV in den Betrieben durchzuführen. Darüber hinaus konnten die Militärabnehmer zur Vorbereitung anderer, sich aus dem Verteidigungsgesetz ergebender Aufgaben eingesetzt werden. Das MfNV war berechtigt, Militärabnehmer bei Finalproduzenten und in Kooperationsbetrieben ständig bzw. zeitweilig einzusetzen. Es bestimmte die Anzahl, den Zeitpunkt und den Zeitraum des Einsatzes der Militärabnehmer.

Mit der Militärabnehmerverordnung vom 15.10.1981 war zweifellos das System des Einsatzes der Militärabnehmer, ihr Platz und ihre Rolle, waren ihre Rechte und Pflichten in den Betrieben perfektioniert worden. Ein Vergleich mit der Militärabnahme anderer Armeen des Warschauer Vertrages zeigte eindeutig, daß diese Regelungen offensichtlich die zweckmäßigsten waren.

Die Aufgaben der Militärabnehmer beschränkten sich nicht auf die Kontrolle und Durchsetzung der geforderten Qualität, sondern betrafen die Vertragsrealisierung insgesamt, wobei sie nicht das Recht hatten, Verträge abzuschließen oder zu ändern bzw. in bestehende Verträge einzugreifen.

Zur Sicherung der Qualität führten die Militärabnehmer entsprechend einer vorgegebenen Nomenklatur Qualitätsfeststellungen, Produktionskontrollen und Kontrollen von wissenschaftlich-technischen Leistungen durch. Die vom Militärabnehmer durchgeführte Kontrolle war keine rechtswirksame Über- bzw. Abnahme des Erzeugnisses, sondern nur die Freigabe zum Versand, wenn keine Rückweisung erfolgt war. Bedingt durch die Anzahl der zur Verfügung stehenden Militärabnehmer konzentrierten sich die Qualitätsfeststellungen auf das Finalerzeugnis bzw. die instandgesetzte komplette Technik. Ausnahmen gab es nur, wenn die Prüfung der Funktionsfähigkeit einer Baugruppe im montierten Erzeugnis nicht möglich war, die Technischen Lieferbedingungen bzw. Militärischen Abnahmebestimmungen (TLB/MAB) es ausdrücklich forderten oder die Qualitätsgeschichte es notwendig machte.

Die Anzahl der Militärabnehmer zwang dazu, die Militärabnahme auf die militärisch wichtigste und technisch-technologisch komplizierteste Technik und Bewaffnung sowie auf Erzeugnisse mit Massencharakter zu beschränken und dabei die Qualitätsentwicklung und das Niveau der Produktion in den einzelnen Betrieben zu berücksichtigen. In zunehmendem Maße wurden moderne Methoden und Mittel für die Qualitätsfeststellung genutzt, wie z. B. die statistische Qualitätskontrolle und elektronische Meß- und Prüfmittel. Das Spektrum der zu prüfenden Erzeugnisse war sehr breit: Kriegsschiffe, Jagdflugzeuge, Panzer, Lkw, Stahlhelme, Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke, Nachrichtentechnik, optische Geräte und selbstverständlich Waffen und Munition, um nur einige Erzeugnisse bzw. instandzusetzende Technikarten aufzuführen. Sie waren alle in der Nomenklatur der Militärabnahme erfaßt, in der auch der Anteil und die Art der Qualitätsfeststellungen, Periodizität usw. festgelegt waren. Der Betrieb war verpflichtet, die Erzeugnisse zur Qualitätsprüfung vorzustellen und die Tätigkeit der Militärabnehmer allseitig, d. h. mit Meß- und Prüfmitteln, Arbeitsräumen u. a. sicherzustellen.

Die Entscheidungen der Militärabnehmer - Freigabe zum Versand oder Rückweisung mit Auflagen - waren verbindlich. Im Jahr gab es durchschnittlich 200 Rückweisungen, die von den Militärabnehmern gemeldet wurden, weil sie vertragsrechtliche Konsequenzen hatten. Bei ernstesten Qualitätseinbrüchen oder ungenügenden Maßnahmen zur Beseitigung der festgestellten Mängel konnte die Qualitätsfeststellung vollständig eingestellt werden, was für den Betrieb ernste ökonomische Folgen hatte. In der Regel taten die Betriebe

alles, um so etwas zu verhindern, weil es auch für sie ein zu meldendes Vorkommnis war. Daher war die Anwendung dieses Mittels nur in wenigen Fällen notwendig.

In den Instandsetzungsbetrieben war die Mitwirkung bei der Befundaufnahme eine wichtige Aufgabe. Damit wurde entscheidend auf den notwendigen Instandsetzungsaufwand und auf den Preis Einfluß genommen sowie verhindert, daß Technik, die nicht dem festgelegten Anlieferzustand entsprach, angenommen wurde.

Die reale Qualitätssituation widerspiegeln folgende Zahlen. Von 1970 - 1989 wurden 1914 Vertragsstrafen wegen Verletzung der Qualität berechnet, das sind im Durchschnitt 95 im Jahr. Von 1976 -1989 wurden 132 eigenverantwortliche Lösungen und 39 Verfahren vor dem Zentralen Vertragsgericht aus dem gleichen Grunde durchgeführt.

Zur Unterstützung der Arbeit der Militärabnehmer konnten ab 1983 in den Betrieben arbeitende Mitarbeiter des Amtes für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung (ASMW) zur Durchführung der Qualitätsfeststellung (z. B. bei Krafrädern TS 250 und Feldküchen) eingesetzt werden. Diese handelten voll verantwortlich entsprechend der Militärabnehmerverordnung. Mit der Liquidierung der staatlichen Qualitätskontrolle in den Betrieben mußte Anfang 1986 diese Arbeit beendet werden. Ein vom Bereich Beschaffung und Instandsetzung ausgearbeiteter und vom ASMW mitgetragener Vorschlag, die neu eingesetzten Staatlichen Qualitätsinspektoren dafür heranzuziehen, wurde von der für das ASMW zuständigen Abteilung des ZK der SED ohne Begründung abgelehnt, vermutlich weil sie entweder keine Ahnung hatte oder nicht selbst auf den Gedanken gekommen war.

Die Tätigkeit der Militärabnehmer war sehr verantwortungsvoll. Von ihrer Arbeit hing nicht unwesentlich ab, ob die Soldaten in der Truppe sich auf die gelieferte oder instandgesetzte Kampftechnik, Bewaffnung und Ausrüstung verlassen konnten. Vom einwandfreien, sicheren Funktionieren der Technik hingen häufig Leben und Gesundheit der Menschen ab. Es steht fest, daß es keine ernstesten Vorkommnisse gegeben hat, die auf Nachlässigkeit oder Versagen eines Militärabnehmers zurückzuführen waren. So gab es auch in den Luftstreitkräften keinen Flugzeugabsturz, dessen Ursachen im Versagen eines Militärabnehmers und damit des Betriebes gelegen hätten.

Von großer Bedeutung war die Zusammenarbeit mit der TKO (Technische Kontrollorganisation) der Betriebe, denn über sie konnte Einfluß auf viele Phasen der Produktionsprozesse genommen werden. Wenn man in Betracht zieht, daß der Aufwand für die Militärabnahme nur 0-0,15 % des Wertes des zu realisierenden Bedarfes betrug (in der Sowjetarmee 1-5 %), dann wird die hohe Effizienz der Militärabnahme der NVA überzeugend deutlich.

Die Militärabnahme war ein unverzichtbarer, fester Bestandteil des Realisierungsprozesses. Die Militärabnehmer waren Auge und Arm der Realisierungsorgane und erfüllten, oft völlig auf sich allein gestellt, weitab vom Vorgesetzten, mit hoher Sachkenntnis und großen Betriebserfahrungen, mit ausgeprägter Konsequenz und Initiative ihre verantwortungsvolle Aufgabe.

Schlußbemerkungen

Der Dienstbereich Technik und Bewaffnung war gekennzeichnet durch eine sehr vielfältige, ein breites Spektrum an Verantwortung umfassende und umfangreiche Aufgabenstellung. Seine Entwicklung wurde durch entscheidende Erweiterungen und Veränderungen dieser Aufgaben bestimmt, die mit einer Reihe prinzipieller Veränderungen der Struktur verbunden waren. Es ist unmöglich, diese vielen Veränderungen und Entwicklungen lediglich auf der Grundlage persönlicher Erinnerungen darzulegen.

Die Position des Dienstbereiches und auch die Erfüllung seiner militärischen Aufgaben

war kompliziert. Er stand praktisch zwischen den in der Regel berechtigten Forderungen der Bedarfsträger sowie den Möglichkeiten, Interessen und den sich verschärfenden Problemen der einzelnen Betriebe und der Volkswirtschaft insgesamt. Ich bin auch 12 Jahre nach dem Ende des Dienstbereiches der Auffassung, daß es ihm im wesentlichen gelungen ist, durch Zielstrebigkeit, Beharrlichkeit und hohen persönlichen Einsatz aller Angehörigen des Dienstbereiches - vom Stellvertreter des Ministers bis zum letzten Mitarbeiter - den hohen Anforderungen auch unter sparsamster Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel gerecht zu werden. Wir waren der festen Überzeugung, einer guten und gerechten Sache zu dienen.

Ein Beitrag mit Erinnerungen an den Dienstbereich Technik und Bewaffnung darf selbstverständlich nicht schließen, ohne dessen Chefs zu nennen, die seine Entwicklung, Arbeit und Ergebnisse von 1959 bis zum Schluß entscheidend bestimmt haben: F. Dickel, der dann Innenminister der DDR wurde, von 1959 bis 1963, W. Fleißner von 1964 bis 1985 und J. Goldbach von 1986 bis zur Auflösung. Ich habe sehr gern unter ihnen gearbeitet bzw. gedient. Sie vereinten hohe Forderungen mit Verständnis für ihre Mitarbeiter und umfangreiche Kenntnisse und Erfahrungen mit dem Blick für die Probleme der Gegenwart und die Anforderungen der Zukunft. Sie erreichten, daß der Dienstbereich in der Regel allen Anforderungen gerecht werden konnte.

Mit dem Ende der DDR verschwanden die NVA und mit ihr der Dienstbereich Technik und Bewaffnung von der Bildfläche. Ich erinnere mich nach wie vor gerne an meine Tätigkeit im Dienstbereich, die über ein Vierteljahrhundert mein Leben bestimmt hat. Ich erinnere mich vor allem auch an die vielen Menschen, mit den ich zusammengearbeitet habe, an die zivilen Mitarbeiter, Offiziere und Generale.

Ich erinnere mich genau so gern an die Angehörigen der Betriebe, die unter immer schlechter werdenden Bedingungen engagiert für die Landesverteidigung gearbeitet und sich bemüht haben, die oft sehr hohen Anforderungen an die Lieferungen und Leistungen für das MfNV qualitäts- und termingerecht zu erfüllen. Viele von ihnen haben nach der Zerschlagung ihrer Betriebe wohl für immer die Arbeit verloren, ein Schicksal, das sie zweifellos nicht verdient haben.

Anmerkungen

1. Siehe Ulrich Gall: Technik und Bewaffnung - Zwischen Vorrang, Mangel und Abhängigkeiten. In: NVA - Ein Rückblick für die Zukunft, hrsg. von Manfred Backerra, Köln 1992, S. 285-307.
2. Siehe Heinz Hampel: Im Ministerium für Nationale Verteidigung, wie Anm. 1, S. 191 ff.